Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 133. Jahrgang 205.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Kurier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 19. März 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Begründung zum englischen Flottenetat.

Im englischen Unterhause brachte am gestrigen Montag der Erste Lord der Admiralität, Churchill, den Marineetat ein. Er führte bei dieser Gelegenheit folgendes aus:

Die Grundlage der Flottenpolitik ist die Finanzwirtschaft. Das finanzielle Aussehen des Flottenetats ist nicht erfreulich. Alle Welt baut Flotten. Alles, was mit der Flotte in Verbindung steht, wächst beständig an Größe, Kompliziertheit und Kosten. Der neue Etat ist fast völlig bestimmt durch die Etats der letzten beiden Jahre. Ich werde vielleicht im nächsten Jahre den Flottenetat im Unterhause nicht für ein Jahr, sondern für eine Reihe von Jahren vorlegen können. Aber für den Augenblick muß ich mich im Rahmen gewisser allgemeiner Andeutungen halten. Hauptsächlich infolge der Arbeiterausstände haben in diesem Jahre Verzögerungen in den Schiffsbau- und anderen Ausgaben stattgefunden. Dadurch wird die nominelle Reduktion von 300 000 zu einer wirklichen Reduktion von 600 000 Pfund Sterling. Dabei ist natürlich irgendwelche Vermehrung des deutschen Flottenetats nicht berücksichtigt. Ich will dem Hause die Flottenfrage mit vollkommener Offenheit darlegen. Es wird dies namentlich mit Bezug auf eine Macht notwendig sein. Durch eine indirekte Ausdrucksweise kann jetzt nichts gewonnen werden. Im Gegenteil, die Deutschen sind ein Volk mit derbem Verstand, deren starker männlicher Sinn und Mut vor einer offenen und ungeschminkten Feststellung von Tatsachen nicht zurückweicht und nicht verletzt wird, wenn sie höflich und ehrlich ausgesprochen werden. Jedenfalls muß ich meine Pflicht gegen das Haus und das Land erfüllen. Die Zeit ist gekommen, wo beide Nationen ohne Verstellung und Verstimmung die Bedingungen verstehen sollten, unter denen sich der Wettbewerb zur See in den nächsten Jahren gestalten wird.

Wir berechnen im Frieden unseren Schiffbau relativ nach Prozentsätzen. Dagegen werden Flotten im Seekrieg nicht durch Vergleich, sondern durch Subtraktion berechnet. Wir müssen erwarten, daß in einem Kampf zwischen guten und ebenbürtigen Flotten auf beiden Seiten ungeheurer Schaden angerichtet wird. Das ist sehr vorteilhaft für die stärkere Seemacht. Es wird sich stets für uns lohnen, Schiff gegen Schiff jeder Klasse zu verlieren. Der Prozeß des Ausmerzens würde uns, wenn auch auf einem fürchterlichen Wege, zu einem sicheren Siege führen, zu einem Zustand nicht relativer, sondern absoluter Ueberlegenheit. Mit der gegenseitigen Vernichtung der neuesten Schiffe steigen die älteren Schiffe schnell im Wert. Wir besitzen mehr Dreadnoughts als irgend zwei andere Mächte zusammen. Aber wenn alle Dreadnoughts der Welt morgen versenkt wären, so würde unsere Ueberlegenheit zur See weit größer sein als heute. Es ist sehr leicht, die Neubauten schnell zu vermehren, solange man nicht durch die Kosten für die Erhaltung eines großen Bestandes belastet ist. Unsere deutschen Nachbarn haben noch nicht angefangen, die jährlich wiederkehrende Last der Erhaltung einer riesenhaften Flotte zu empfinden. Diese Aufwendungen wachsen langsam, aber unerbittlich. Daher kann im Laufe der Zeit das rapide Tempo der Neubauten in gewissem Grade durch den Hemmschuh der wachsenden Unterhaltungskosten aufgehalten werden.

Churchill erklärte es für falsch und verschwenderisch, ein Schiff für die britische Flotte einen Tag eher zu bauen, als es nötig sei, weil die Konstruktionspläne so schnell veralten, und fuhr fort: Ich bin nicht bereit, gegenwärtig dem Hause die Annahme eines Standards zwei Kiele gegen einen mit Bezug auf Deutschland zu empfehlen. Die Zeit mag kommen, wo es notwendig wird. Es ist jetzt nicht notwendig. Ich wünsche vollkommen klar zu machen, daß infolge der Maßregeln Mac Kennis nicht der geringste Grund zu Alarm und Verzagtheit vorliegt. Die Admiralität ist im Stande, Tag für Tag die nächsten Jahre hindurch die Sicherheit des Landes und des Reiches absolut zu garantieren und wenn das Haus künftig unsere Forderungen bewilligt, kann diese Aussicht unendlich ausgedehnt werden. Die Standards für die Flottenstärke müssen zeitweise nach den Umständen variieren. Als Frankreich und Rußland die beiden nächststärksten Seemächte waren, und ihre Kombination möglich erschien, war der Zweimächte-Standard ein zweckmäßiger Grundsatz. Das Emporsteigen der Flotte einer einzelnen Macht zum ersten Rang auf dem Kontinent hat dies verändert. Wir haben nicht mehr als die größtmögliche Gefahr das Bündnis zweier gleichstarker Seemächte zu betrachten, sondern die Entwicklung einer sehr starken homogenen Flotte, die einer einzelnen Regierung untersteht. Daher ist der Zweimächte-Standard nicht mehr anwendbar.

Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Ueberlegenheit von 60 Prozent in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der Dreadnoughtklasse, verglichen mit der deutschen Flotte gemäß dem geltenden Flottengesetz. Andere, höhere Standards gelten für kleinere Schiffe. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhielte, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwickelungen anderer Länder, einen geeigneten Maßstab für die nächsten 4—5 Jahre abgeben würde, soweit die Dreadnoughtklasse in Betracht kommt. Weiter hinaus zu spekulieren ist müßig. Indes will ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Ueberlegenheit über die nächststärkste Seemacht betrachtet werden dürfe, soweit die britische Seemacht als Ganzes in Betracht kommt. Selbst wenn wir eine Armee besäßen, die zwei Drittel so stark wäre als die Armee der stärksten Armeemacht, könnten wir damit nicht zufrieden sein. Meine Erklärung ist in viel größerer Beschränkung aufzufassen. Wir können gegenwärtig an einem so mäßigen Standard festhalten infolge unserer großen Ueberlegenheit an Kriegsschiffen und Panzerkreuzern der Vordreadnoughtperiode, nämlich von der King Edwardsklasse sowie mindestens acht Panzerkreuzern, die von anderen Schiffen der gleichen Bauzeit gänzlich unerreicht sind. Da diese Schiffe allmählich an Gefechtswert verlieren, wird unser Verhältnis in Neubauten über den 60 Prozent Standard steigen müssen.

Jede Vermehrung, die Deutschland in der Zahl neuer Schiffe vornimmt, muß die Abnahme des Gefechtswertes unserer älteren Typen beschleunigen, erfordert daher besondere Maßnahmen unsererseits. Wenn wir also diesen Standard auf das geltende deutsche Flottengesetz anwenden — zwei Schiffe pro Jahr —, und wenn wir uns sorgfältig gegen unvorhergesehene Entwicklungen anderer Länder sichern, so erscheint es notwendig, abwechselnd vier und drei Schiffe der Dreadnoughtklasse die nächsten sechs Jahre hinaus zu bauen. Das ist das mindeste, was den 60 Prozent Standard erhalten wird und das hatten wir bei Aufstellung des jetzigen Etats im Auge. Wenn wir uns jetzt, wie es den Anschein hat, der Vermehrung der deutschen Neubauten um zwei Schiffe in diesen sechs Jahren gegenübersehen, würden wir vorschlagen, jener Vermehrung durch ein höheres Verhältnis der Ueberlegenheit zu begegnen, indem wir vier weitere Schiffe während der gleichen Periode bauen und sie über sechs Jahre verteilen. Der Entwurf unserer Neubauten, den ich unter aller Reserve mache, würde folgendermaßen aussehen: Vier, fünf, vier, vier, vier, vier gegen zwei, drei, zwei, zwei, drei, zwei oder anderenfalls, wenn Deutschland drei Schiffe baute: Fünf, vier, fünf, vier, fünf, vier, gegen drei, zwei, drei, zwei, drei, zwei.

Ich will indessen klar machen, daß auf eine etwaige Verzögerung oder Verminderung der deutschen Bauten, sobald sie deutlich wird, hier in gewissen Grenzen weite, volle entsprechende Reduktionen alsbald folgen werden. Wenn z. B. Deutschland eins oder sogar zwei Schiffe aus seinem jährlichen Programm fallen läßt, werden wir, falls nicht anderwärts eine gefährliche Entwicklung eintritt, sofort unsere entsprechende Quote fallen lassen und jede Verringerung des Tempos Deutschlands würde natürlich in größerem Maßstabe von uns nachgeahmt werden, freilich in gewissen Grenzen, weil wir in gewissem Grade die Bauten anderer Mächte in Betracht zu ziehen haben. Aber nehmen wir das nächste Jahr 1913, wo Deutschland drei, England fünf Schiffe bauen will! Angenommen, wir machten beide ein Jahr Ferien, um im Buch des nationalen Mißtrauens ein weißes Blatt einzufügen, angenommen, Deutschland würde in diesem Jahre keine Schiffe bauen, so würde es sechs bis sieben Millionen Pfund Sterling sparen. Aber das ist nicht alles, wir würden unter gewöhnlichen Umständen den Bau unserer Schiffe beginnen, wenn Deutschland den der seinigen begonnen hat. Die drei Schiffe, die Deutschland nicht bauen würde, würden automatisch fünf britische Ueberdreadnoughts beseitigen, das ist mehr, als die Deutschen in wirklichem Kriege erhoffen dürften.

Was die indirekten Ergebnisse selbst eines Jahres anbetrifft, so wären sie einfach unermeßlich, nicht nur für die beiden großen Brudernationen, sondern auch für die ganze Welt der arbeitenden Menschheit, unermeßlich in Hoffnung und Glanz. Die Deutschen werden an Seemacht durch eine Vermehrung nichts gewinnen und durch eine Verminderung nichts verlieren. Dies ist ein vollkommen einfacher Plan, nachdem ohne diplomatische Verhandlungen, ohne Feilschen und ohne die geringste Beschränkung der souveränen Freiheit beider Mächte diese hitzige, kostspielige Rivalität zur See für eine Zeit abgestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß es besser ist, dies ganz einfach und offen der Beurteilung durch die Parlamente und das Volk vorzulegen.

Die Bergarbeiterausstände.

In Deutschland.

Die Zahl der Streikenden.

Nach einer Zusammenstellung des Oberbergamtes in Dortmund sollten gestern morgen Ueber- und Untertage anfahren 322 410 Mann, es sind angefahren 169 497, mithin streiken 152 913 Mann. — Wie der Zechenverband in Essen mitteilt, sollten im Ruhrrevier bei der gestrigen Nachmittagsschicht 12 821 Mann anfahren; es sind 8945 angefahren, es fehlten also 30,23 Prozent.

Friede oder Krieg in Oberschlesien?

Wie die „Oberschlesischen Neuesten Nachrichten" aus Kattowitz melden, haben die fünf Bergarbeiterverbände folgenden Aufruf erlassen:

„Die Vertreter der oberschlesischen Organisationen haben in einer unter dem 20. Februar an den Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein gerichteten Eingabe um Aufbesserung der Löhne um 15 Prozent ersucht. Nachdem sich der Verein unter dem 6. März für unzuständig erklärt hat, sind dieselben Forderungen an die einzelnen Grubenverwaltungen gerichtet worden. Diese haben die Organisationen nicht als Vertreter der Belegschaften anerkannt, sind aber bereit, mit den Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Die Belegschaften der einzelnen Gruben werden daher von den fünf Organisationen aufgefordert, erneut Lohnforderungen zu stellen und über das Ergebnis bis spätestens zum 27. März Mitteilung zu machen, damit die Organisationen noch bis zum 1. April weitere Beschlüsse fassen können. Die Situation hat sich inzwischen verschärft, so daß bei mehreren Gruben heute einzelne Arbeiter in den Ausstand getreten sind. Die Organisationen richten daher an die Arbeiter das dringende Ersuchen, strengste Disziplin zu bewahren und den Anordnungen der Organisationen Folge zu leisten. Von dem Verhalten der Bergwerksverwaltungen wird es abhängen, ob der Friede in Oberschlesien erhalten werden kann."

Die Lage im Zwickauer Revier.

Der Streik ist gestern vormittag ausgebrochen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen streiken auf dem Wilhelmsschacht 55 Prozent, Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktienverein 43 Prozent, Bürgergewerkschaft 24 Prozent, Brückenbergschacht unter Tage 54 Prozent, Morgensternschacht unter Tage 51 Prozent, über Tage 16 Prozent, Vereinsglück 37 Prozent, Falcks Bockwa etwa 35 Prozent, Kästner 60 Prozent.

Aus Schaumburg-Lippe.

In den vorgestern in mehreren Dörfern des Fürstentums Schaumburg-Lippe abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen ist beschlossen worden, am 19. März früh nicht einzufahren, auch wenn das Bergamt die von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligen sollte. Gestern nachmittag fand eine Versammlung zwischen dem Arbeiterausschuß und Vertretern des Bergamtes in Bückeburg statt.

Aus dem Deister-Revier.

Wie die Bergwerksinspektion Barsinghausen mitteilt, traten die Bergleute des Deister-Reviers in eine Lohnbewegung, da die Bergbehörde die geforderte 15proz. Lohnerhöhung nicht bewilligt, sondern sie nur allen in Schichtlohn Arbeitenden, den Kohlenladern aber nur für den Fall in Aussicht stellt, daß sich die Konjunktur dauernd bessert. Daher beschlossen die Bergarbeiter vorgestern in mehreren Versammlungen den Ausstand. Von 2300 Arbeitern sind Montag früh etwa 50 Proz. erschienen. Die Bergarbeiter des Gemeinschaftsbergwerks Oberndorff, das dem preußischen Fiskus und Schaumburg-Lippe gemeinsam gehört, wollten gestern über den Ausstand beschließen.

In England.

Im englischen Unterhause ergriff gestern Premierminister Asquith das Wort. Er teilte mit, daß er am heutigen Dienstag einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Mindestlohnes an Bergarbeiter, die in Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigt sind, und über andere damit zusammenhängende Fragen einbringen werde. Er werde über die Verhandlungen und die Gründe zu dem Gesetzentwurf erst in der Sitzung selbst eine Erklärung abgeben. Nach Ansicht der Regierung sei die Erledigung der Gesetzvorlage durch das Unterhaus so schnell als möglich, nämlich bis zum nächsten Donnerstag, geboten. In diesem Falle würde sie am Freitag vom Oberhause beraten werden und am Sonnabend die Zustimmung des Königs erhalten. Bonar Law erklärte sein Einverständnis damit, daß die Vorlage, wenn sie anzunehmen sei, ohne unnötige Verzögerung angenommen werden sollte, äußerte aber Bedenken, ob die Erledigung der Vorlage bis zum Donnerstag Zeit zu angemessener Diskussion lassen werde. — Sodann gab Asquith der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, über die den verschiedenen Beratungsstadien der Vorlage zu widmende Zeit zu einem Einvernehmen zu gelangen.

In Frankreich

Unter den Bergleuten im Pas-de-Calais, wo einzelne Gruppen sich für einen allgemeinen Streik aussprechen, herrscht eine gewisse Bewegung. Die Bergleute im Denain-Revier haben trotz des Beschlusses des Syndikats den Streik erklärt; ihre Delegierten werden sich daher heute nach Lens begeben, um den Exekutivausschuß zu veranlassen, eine Aufforderung zur sofortigen Erklärung des Generalstreiks zu erlassen. Im Loire- und Nord-Becken mit Ausnahme von Denain ist die Anfahrt der Schichten normal.

Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Denain gedrahtet: Die Delegierten der Bergarbeitersyndikate von Anzin haben eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit betont wird, den

Generalausstand der französischen Bergarbeiter

zu beschließen, während die englischen und deutschen Bergleute im Kampfe ständen, und in der alle Syndikate der Bergleute Frankreichs und die Bergleute selbst zum Streik aufgefordert werden.

In Oesterreich.

Am Sonntag fanden im böhmischen Braunkohlenrevier Versammlungen der Bergarbeiter statt. In den Versammlungen der sozialistischen Union wurde beschlossen, daß, falls die Forderungen der Union nicht erfüllt werden sollten, die Bergleute der einzelnen Schächte nochmals ihre Forderungen überreichen sollen. Man glaubt, annehmen zu können, daß ein allgemeiner Streik im Braunkohlenrevier nicht oder wenigstens nicht unmittelbar bevorsteht. — Im Brüxer Gebiet sind von 608 Bergleuten 149 nicht eingefahren.

Eine Meldung aus Teplitz besagt: Die Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Bergarbeiterunion in Turn beschloß, den Zechen bis zum 20. März die neuen Forderungen zu überreichen. Wenn diese nicht spätestens bis zum 28. März beantwortet sind, werden am 31. März die Forderungen abermals überreicht und gleichzeitig die Arbeit niedergelegt. Die deutschnationalen Bergarbeiter beschlossen vorgestern in Brüx solidarisches Vorgehen mit den Sozialdemokraten. Die tschechisch-nationalen und die tschechisch-anarchistischen Bergarbeiter dürften in demselben Sinne sich entscheiden.

Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Wien gedrahtet: Die „Neue Freie Presse" mehdet aus Brüx:

Die hiesigen tschechisch-nationalen und anarchistischen Bergarbeiter, welche die Majorität bilden, haben entgegen ihrer Zusage, bis zum 31. März zu warten, am Montag den Streik begonnen. Zwei Drittel der Belegschaft streikt bereits bei der Tagesschicht.

Attentat und Volksstimmung in Italien.

Das Attatentat auf den König von Italien scheint eine Wirkung haben zu sollen, die voraus zu sehen war; eine wahrscheinliche Verschärfung der Stimmung zwischen dem italienischen und dem türkischen Volke. Behauptet doch die italienische Presse, der Attentäter sei von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203192-14/fragment/page=0001

den Jungtürken gedungen worden. Auf die Wahrheit oder Unwahrheit einer solchen Ausstreuung kommt es bei solchen Dingen ja weniger an. Beiläufig bemerkt, halten wir diesen Verdacht nicht für glaubwürdig, da ja die Erklärung vollkommen genügt, daß ein Anarchist, und gar ein italienischer Anarchist, in programmäßiger Ausübung seiner Ueberzeugung einen König zu töten sucht. Wer will andererseits die theoretische Möglichkeit ausschließen, daß ein Jungtürke oder eine Gesellschaft von Jungtürken verblendet genug sein könnte, einen italienischen Anarchisten zu solchem Verbrechen zu dingen. Wie gesagt, auf die Wahrheit kommt es in diesem Falle nicht an, sondern vor allem auf die Wirkung. Man denke an die gewaltige und tiefe Wirkung, welche seinerzeit der Untergang des amerikanischen Schlachtschiffes „Maine" auf die amerikanische Bevölkerung ausgeübt hat. Die Katastrophe entzündete eine geradezu rasende Erbitterung gegen Spanien. Das „Gedenke der „Maine"!" ist aus jener Zeit noch in Erinnerung. Und doch hatten die Spanier nichts mit dem Untergange dieses Schiffes zu tun gehabt. Das wurde schon damals behauptet, und der Befund des im vergangenen Jahre gehobenen Schiffes hat ergeben, daß es infolge einer Innenexplosion gesunken ist.

Es läßt sich natürlich noch nicht beurteilen, ob das Gerücht, daß das Attentat auf den König türkischer Anstiftung zuzuschreiben sei, die Bedeutung eines Feldgeschreis gegen die Türken erlangen wird. Möglich wäre es schon, weil ein solches Moment den Italienern, je länger der Krieg dauert, desto erwünschter sein könnte. Die in ihrer Art beispiellose Demonstration zur Beglückwünschung des Königs, von der sich nicht einmal die Sozialisten des Parlaments ausgeschlossen haben, steht entschieden im Zeichen der durch den Krieg hervorgerufenen Stimmung. Jene Demonstration bringt neben der Anhänglichkeit und Liebe für den Herrscher auch den Gedanken zum Ausdruck, und wohl eigentlich an allererster Stelle: ein wie schreckliches Unglück es für Italien gewesen wäre, gerade jetzt, während des Krieges, den König zu verlieren. Das Attentat hat den Italienern intuitiv und blitzartig zum Bewußtsein gebracht, wie unendlich viel die Person dieses Königs für Italien bedeutet. Dieses Gefühl kann jetzt gerade sich außerordentlich schwungkräftig erweisen, und in diesem Sinne erscheint der Zusammenhang mit der Version einer türkischen Anstiftung des Attentats unmittelbar auf der Hand liegend.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Bemühungen um den Frieden.

Das Reutersche Bureau erfährt aus gutunterrichteten italienischen Kreisen, daß die Antwort der italienischen Regierung auf die von den Mächten in Rom in Sachen des Friedens unternommenen Schritte in friedfertigem Tone gehalten ist. Man hofft, daß sie den Mächten eine Fortsetzung ihrer Bemühungen um den Frieden ermöglichen wird.

Enver Bei schwer verwundet?

Enver Bei soll am 3. d. Mts. bei den Kämpfen um Derna schwer verwundet worden sein.

Vom Kriegsschauplatz.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus Benghasi, daß sich im türkisch-arabischen Lager kein italienischer Kriegsgefangener befinde; jedes gegenteilige Gerücht sei falsch. — Am 16. März schleuderten italienische Flieger einige Bomben, welche ungefähr zehn Feinde töteten.

Deutsches Reich.

* **Die portugiesischen Kolonien.** Die Erklärung des portugiesischen Ministerpräsidenten in der Kammer (vergl. Nr. 130 der „Hall. Ztg." unter „Ausland") gegen eine Veräußerung der Kolonien entspricht vollständig den deutschen Absichten, die, wie unser Berliner Vertreter erfährt, dahin gehen, das in Deutschland keinerlei Absicht besteht, den Portugiesen gegen ihren Willen ihren Kolonialbesitz abzunehmen.

* **Der Kanzler und Freiherr von Hertling.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg empfing am Sonntag den Vorsitzenden im Königlich bayerischen Ministerrat, Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeußeren, Dr. Freiherr von Hertling.

* **Haftpflicht- und Unfallversicherungsverband.** Am 1. April d. Js. wird der kürzlich gegründete Haftpflicht- und Unfallversicherungsverband deutscher Handwerks- und Gewerbekammern ins Leben treten. Dem Verbande, der besonders dazu dienen soll, Mitglieder von Prüfungskommissionen gegen die Folgen von Haftpflicht und Unfällen zu versichern, sind bereits eine erhebliche Zahl von Mitgliedern beigetreten.

* **England und die Brüsseler Zuckerkonferenz.** Im englischen Unterhause erklärte gestern in Beantwortung einer Anfrage der Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen Amts Acland: In der Sitzung der Internationalen Zuckerkommission in Brüssel am Sonntag ist das Protkoll, welches die Konvention für eine im September 1913 beginnende weitere Periode von 5 Jahren verlängert, unterzeichnet worden. Ebenso wurde die Erklärung unterzeichnet über die Verteilung des Zuckerquantums, dessen weiterer Export Rußland zugestanden wurde. Von den britischen Delegierten wurde keines der beiden Dokumente unterzeichnet. Es wurde aber eine Note an die belgische Regierung gerichtet des Inhalts, die britische Regierung nähme an der Vermehrung des russischen Exports in diesem oder einem der nächsten Jahre während des Fortbestehens der Konvention keinen Anstoß. In Beantwortung einer weiteren Anfrage erklärte Acland noch, England sei bei der Erneuerung der Konvention in keiner Weise beteiligt.

Ausland.

Die makedonische Frage.

Der Generalsekretär des türkischen Ministeriums des Aeußern, Schüfa-Bei, und der Unterrichtsinspektor Abdul Kerim sind in Sofia eingetroffen. Sie verlangten mit dem Vertreter der makedonischen Organisation zu sprechen, von dem sie zu erfahren wünschten, unter welchen Bedingungen die Banden aufgelöst und die Attentate in Makedonien eingeschränkt werden könnten. Es wurde ihnen die Antwort zuteil, die makedonische Organisation wolle nicht in Besprechungen mit der Türkei eintreten. Sie werde ihre Aktion fortsetzen, bis sie, wie seinerzeit, eine internationale Intervention herbeigeführt habe, um ihr Ziel, die Autonomie Makedoniens, zu erreichen.

*

Die türkische Botschaft in Petersburg dementiert kategorisch die Zeitungsmeldung über Ausrücken eines anatolischen Korps zur russisch-persischen Grenze.

26. Provinzial-Landtag.

(Original-Bericht.)

Merseburg, 18. März 1912.

Präsident Graf von Wartensleben eröffnete die Verhandlungen um 11,25 Uhr.

Wahlen der Mitglieder des neuen Verwaltungsrates der Landfeuersozietät der Provinz Sachsen. Berichterstatter Abg. Landrat von Piesche I. Zu Mitgliedern wählt der Landtag die Herren von Busse-Zschortau, Scherre-Neukirchen, Hagenguth-Rothenschirmbach, Gutsbesitzer Schröder-Langenweddingen, von Helldorff-St. Ulrich und Landrat von Bodenhausen-Lebusa.

Provinzialmuseum.

Berichterstatter Abg. Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Erfurt. An der Hand der Zeichnungen und Photographien begründet der Berichterstatter die Forderung von 145 000 Mk. für einen Anbau am Provinzialmuseum. Wir haben das Wesentliche aus dieser Begründung schon früher mitgeteilt. Auf Ersuchen des Landeshauptmanns nimmt der zukünftige Museumsdirektor Dr. Hahne das Wort. Das zukünftige Museum sei das erste, deutscheste aller Museen in einem rein germanischen Lande, in dem die römischen Einflüsse am allerwenigsten Eingang fanden. Drei Gruppen werde das Museum aufweisen: den Menschen in der Steinzeit, vor Christo und nach Christo Geburt. Ueber die Einrichtungen im einzelnen gibt der Vortragende eine sehr ausführliche Darstellung. Durch Modelle, Zeichnungen und Rekonstruktionen soll das neue Museum eine wissenschaftliche Lehranstalt einzig in seiner Art werden. Redner ging die einzelnen Abteilungen durch, in dem getrennt die einzelnen Kulturepochen dargestellt werden sollen. Die Geschichte des Menschen werde in allen Einzelheiten dargestellt und sei eine Aufgabe, die sich bisher ein Museum noch nicht gestellt hat. — Der Vortrag des Redners wurde sehr beifällig aufgenommen und der Antrag der Kommission angenommen.

Neuregelung der Rechnungsprüfung. Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Gerhardt-Halberstadt. Der letzte Provinziallandtag hatte beschlossen: den Provinzialausschuß zu ersuchen, Mittel und Wege zu beraten, wie ein anderer Modus der umfangreichen Rechnungsprüfung zur Durchführung gebracht werden könnte. Aus der Begründung des Berichterstatters zu dem betreffenden Antrage ging hervor, daß die Rechnungskommission des Provinziallandtages einstimmig der Auffassung war, daß sie bei dem jetzigen Verfahren der Rechnungsprüfung nicht in der Lage sei, ihre Aufgaben pflichtmäßig zu erfüllen und mit gutem Gewissen die Verantwortung zu tragen, die sie mit der Prüfung der Rechnungen übernehme. — Eine gründlichere Revision wird sich nur dadurch erreichen lassen, daß die Rechnungskommission außerhalb der Tagung des Provinziallandtages zu Sitzungen zusammentritt und den Berichterstattern ein längerer Zeitraum zum Studium der Rechnungen gewährt wird. Folgender Antrag wird angenommen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: a) Die §§ 20 und 21 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag werden folgendermaßen abgeändert: Zur Prüfung der Rechnungen der Kassen des Provinzialverbandes wird vom Landtage eine Rechnungskommission von sieben Mitgliedern gewählt, von welchen drei zugleich dem Provinzialausschusse angehören. Diese Kommission bleibt auch nach Schluß des Landtages bis zu ihrer Neuwahl durch den nächsten Landtag in Tätigkeit und versammelt sich in der Zwischenzeit nach ihrem Ermessen, so oft die Geschäfte es erfordern. Der Provinzialausschuß überweist die ihm zugehenden Rechnungen der Kommission zur Weitergabe an den Provinziallandtag. b) Im § 16 des Reglements für das Kassen- und Rechnungswesen der Provinz Sachsen vom 24. Februar 1894 kommen die Worte „die Rechnungskommission des Provinzialausschusses und" in Fortfall. — In Form eines Wunsches wird vorgebracht, zu Mitgliedern ein bis zwei Bauschverständige zu wählen.

Prüfung und Entlastung von Rechnungen. Berichterstatter Abg. Oberbürgermeister Dr. Gerhardt-Halberstadt. Die 113 vorliegenden Rechnungen der Provinzial-Verwaltung sind geprüft worden, die Rechnungsleger werden entlastet, vorbehaltlich des durch die nächste Rechnung zu führenden Nachweises der Erledigung der noch offen gebliebenen Erinnerungen.

Bericht der Rechnungskommission über die Provinzialausschußvorlage betr. die bei der Provinzialhauptverwaltung in den Rechnungsjahren 1909 und 1910 vorgekommenen Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben, sowie die Verwaltungsüberschüsse derselben Jahre. Berichterstatter Bürgermeister Dr. Schütze-Schleusingen. Die Ueberschreitungen betragen im Rechnungsjahre 1909 220 371 Mk., im Jahre 1910 117 413 Mk. Von den Verwaltungsüberschüssen: 411 000 Mk. im Rechnungsjahre 1909 und 93 000 Mk. im Jahre 1910, nimmt der Landtag mit Befriedigung Kenntnis.

Die Etatsüberschreitungen, von deren Notwendigkeit sich die Kommission überzeugt hat, fanden die Genehmigung des Landtages.

Errichtung einer neuen Landes-Erziehungsanstalt für schulentlassene männliche Zöglinge evangelischen Bekenntnisses. Berichterstatter Bürgermeister Bansi-Quedlinburg.

Die Kommission beschloß zunächst die Prüfung der Frage einer Zusammenlegung des Lauchstedter Erziehungshauses mit einer anderen Provinzial-Erziehungsanstalt und kam zu dem Schlusse, eine solche nicht empfehlen zu können. Aber auch aus erzieherischen und praktischen Gründen war die Zusammenlegung nicht zu empfehlen und schied daher von vornherein aus dem Bereich der Betrachtungen der Kommission aus. Dann kam die Begründung des Provinzial-Ausschusses, nach der die Errichtung einer neuen Anstalt für unbedingt notwendig erachtet wurde, zur Beratung. Dem Provinzialverbande sind im Durchschnitt der letzten drei Jahre jährlich 102 männliche evangelische Fürsorgezöglinge im Alter von 14—18 Jahren überwiesen worden, von denen nur durchschnittlich 6 sofort nach der Ueberweisung in Lehr- oder Dienststellen untergebracht werden konnten. Die weit überwiegende Mehrzahl muß, wenn die Fürsorgeerziehung überhaupt bei ihnen noch Erfolg versprechen soll, für längere Zeit — meist nicht unter zwei Jahren — in strenge Anstaltszucht genommen werden. Es kommt hinzu, daß ein Teil der in früheren Jahren überwiesenen Zöglinge, die sich in den Lehr- und Dienststellen, denen sie nach der Konfirmation oder der Entlassung aus der Anstalt zugeführt werden, so schlecht führt, daß auch nur die Ueberweisung in eine Anstalt für Schulentlassene übrig bleibt. Nach dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre ist die Zahl solcher Zöglinge mit 120 nicht zu hoch gegriffen. Für die Unterbringung dieser Zöglinge würden an Plätzen erforderlich sein 312. Diesem Bedürfnisse gegenüber stehen in der Provinz — abgesehen von der Lauchstedter Anstalt — nur 105 Plätze zur Verfügung. Unter diesen Umständen ist der Provinzialverwaltung nichts übrig geblieben, als zu versuchen, den größten Teil dieser Zöglinge außerhalb der Provinz, in teilweise sehr weit entfernt gelegenen Anstalten unterzubringen. Eine durchgreifende Besserung kann aber nur durch Errichtung einer neuen, nach den Erfahrungen der letzten Jahre eingerichteten Erziehungsanstalt erreicht werden, die nicht nur die bisher in Lauchstedt untergebrachten Zöglinge, sondern auch den größten Teil der bisher an Anstalten außerhalb der Provinz überwiesenen aufnehmen kann. Der Provinzial-Ausschuß empfahl deshalb, eine solche Anstalt zu errichten und zwar durch den Provinzialverband selbst.

Der Berichterstatter berichtete sodann über die Besichtigung der Nordhäuser Anstalt durch die Kommission. Diese müsse als eine Musteranstalt bezeichnet werden, der Betrieb liege in vorzüglichen Händen und es sei zu hoffen, daß die Erziehungsarbeit gute Erfolge haben werde. Eine Angliederung hielt die Kommission nicht für möglich, einen Neubau für zu kostspielig und empfahl schließlich vorläufige Unterbringung der Zöglinge in Privatanstalten, da doch in Bälde mit einer Aenderung des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu rechnen sei, und zwar in dem Sinne, wie der frühere Oberbürgermeister Dr. Lentze erst im letzten Provinzial-Landtage ausführte. Die Kommission stellte darauf folgenden Antrag:

Der Provinziallandtag wolle

A. den Antrag des Provinzialausschusses auf Errichtung einer eigenen Landeserziehungsanstalt für schulentlassene männliche Fürsorgezöglinge evangelischen Bekenntnisses zurzeit ablehnen.

B. den Provinzialausschuß ermächtigen: I. einem oder mehreren Vereinen, welche sich verpflichten, bis zu 120 schulentlassene, männliche Fürsorgezöglinge evangelischen Bekenntnisses nach den von der Provinzialverwaltung aufzustellenden Grundsätzen anstaltsmäßig zu versorgen, 1. ein Darlehn a fonds perdu bis zum Gesamtbetrage von 250 000 Mark, 2. ein mit 4 Prozent zu verzinsendes und mit 2 Prozent zu tilgendes Darlehn bis zum Gesamtbetrage von 450 000 Mark unter folgenden Bedingungen zu gewähren: a) daß die Darlehn hypothekarisch eingetragen werden und einschließlich etwaiger Vorhypotheken den Taxwert der Grundstücke und der Gebäude der Anstalten nicht übersteigen; b) daß bis zur völligen Rückzahlung der Darlehn in die Anstalten nur Zöglinge des Provinzialverbandes aufgenommen werden; c) daß Projekte und Kostenanschläge für neu zu errichtende Anstalten (einschließlich der Auswahl des Ortes, an welchen die Anstalt errichtet wird) sowie Haushaltspläne und Jahresrechnungen der Anstalten, der Verkauf und die Verpfändung von Grundstücken der Genehmigung der Provinzialverwaltung unterliegen und dieser auch sonst Einfluß auf die Verwaltung der Anstalten und die Erziehung der Zöglinge in einem vom Provinzialausschusse zu bestimmenden Umfange eingeräumt wird; d) daß, wenn die Vereine diese Verpflichtungen nicht erfüllen oder in Konkurs geraten, die Darlehen sofort zurückzuzahlen sind; e) daß im Falle der Auflösung der Vereine ihr gesamtes Vermögen an den Provinzialverband fällt. II. Die zur Gewährung der Darlehen erforderlichen Mittel durch eine mit 4 Prozent zu verzinsende und mit 2 Prozent und den zuwachsenden Zinsen zu tilgende Anleihe aufzunehmen.

C. Für den Fall, daß dieser unter B angegebene Weg nicht gangbar sein sollte, den Provinzialausschuß zu ersuchen, in eine nochmalige Prüfung einzutreten, ob dem bestehenden Bedürfnis nicht vorläufig durch Erweiterung bestehender Provinzialanstalten oder durch vermehrte Unterbringung in Privatanstalten innerhalb der Provinz Rechnung getragen werden kann. Zu diesem Zwecke werden dem Provinzialausschuß 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Als Kommissar des Fürsorgewesens der Provinz Hannover verbreitete sich Pastor Backhausen-Hannover sehr eingehend über die Handhabung der Fürsorgeerziehung und deren Erfolge auf Grund einer zwölfjährigen Erziehungsarbeit. Ueber den Wert des Projektes äußerte sich der Redner dahin, daß er besonders begrüße die innige Verbindung zwischen Landwirtschaft und Handwerk. Ferner sei von Wert die kleine vorgesehene geschlossene Abteilung, weiter der Grundsatz der Familienerziehung, das in dem neuen Plane endlich zur Ausführung gelangen soll. Die neue Anstalt halte er aus erziehungspolitischen Gründen für notwendig. Eine freie Anstalt, die zu einem Zentrum für die gesamte Erziehungsarbeit gemacht wird, sei nur zu empfehlen.

Abg. Kommerzienrat Bestehorn-Aschersleben kam zu dem Schluß, es ist für die Provinz besser und billiger, eine eigene Anstalt zu bauen. Die Provinz bleibt dann Herr im Hause und dies müsse angestrebt werden. — Abg. Bankier Krüger-Halberstadt empfahl den Antrag der Kommission, da er den Mittelweg darstelle. — Abg. Generaldirektor Dusignan-Magdeburg bemerkte, seine Bestrebungen gingen dahin, mit geringeren Kosten davonzukommen. Jetzt kommen auf den Kopf des Zöglings 7300 Mark, eine Summe, die im Vergleich zu anderen Städten und Anstalten usw. als viel zu hoch bezichnet werden müsse. Man solle modern bauen und praktisch, aber so, wie vorgeschlagen, ist der Plan zu teuer.

Landeshauptmann Frhr. von Wilmowski: Die Unterlagen haben im Bureau ausgelegen und zu jedermanns Einsicht. Gegen den Vorwurf, die Provinz baue zu luxuriös, müsse er Verwahrung einlegen; dies treffe keineswegs zu. Den Kommissionsantrag bitte er abzulehnen. Der Antrag des Provinzialausschusses entspreche allen Bedürfnissen.

Abg. Landrat von Stegemann-Halberstadt tritt in längeren Ausführungen für den Antrag des Provinzialausschusses ein.

Abg. Exzellenz von Wedel-Piesdorf: Die Notwendigkeit, eine Anstalt für 120 schulentlassene Zöglinge zu erbauen, ist gerechtfertigt. Den Kommissionsantrag bittet er abzulehnen, da der Nachweis fehle, welche Privatanstalt die Erziehung von Fürsorgezöglingen übernehmen wolle.

Abg. Landrat v. Jakobi stellte folgenden Antrag: Der Landtag wolle sich grundsätzlich mit der Errichtung einer neuen Landesheilanstalt einverstanden erklären und die hierfür vorgesehenen Summen im Haushaltsplan belassen. Die Provinzial-Verwaltung wird ersucht, bei der nochmaligen genauen Prüfung des Projektes dahin zu wirken, möglichst eine Verminderung der Kosten zu erwirken.

Eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte entstand nach der Annahme des Antrages v. Jakobi darüber, ob mit diesem Antrage auch der Ort der Errichtung der neuen Anstalt festgesetzt sei.

Landeshauptmann Frhr. v. Wilmowski empfahl, die Festsetzung des Ortes dem Provinzial-Ausschuß zu überlassen. Hiermit war der Vertreter von Delitzsch, welche Stadt sich auch um die neue Anstalt bewirbt, nicht einverstanden; Abg. Rampolds legte Verwahrung ein und beantragte, die Wahl solle der Landtag vornehmen. Abg. v. Wedel widersprach dieser Auffassung und pflichtete den Ausführungen des Landeshauptmanns bei. Nach eine Reihe von Abgeordneten sprach für und wider diese Auffassung.

Ein Antrag, der Provinzial-Ausschuß solle das Ergebnis seiner Beschlußfassung dem nächsten Provinziallandtage vorlegen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Nun standen sich zwei einander widersprechende Beschlüsse gegenüber, auf welche Tatsache Abg. v. Wedel mit Nachdruck hinwies. Schließlich wurden beide Beschlüsse der Anstaltskommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen. Ueber das Ergebnis soll sie morgen berichten.

Gewährung von Darlehen an private Erziehungsanstalten. Der Antrag lautet: Der Provinziallandtag wolle den Provinzialausschuß ermächtigen, privaten Erziehungsanstalten in der Provinz zur Errichtung von Neubauten oder Vornahme von Verbesserungen mit 4 Prozent verzinslichen und mit 1 Prozent sowie den Zinsen der getilgten Darlehnsbeträge zu tilgende Darlehn bis zum Gesamtbetrage von 300 000 Mark unter der Bedingung zu gewähren, daß 1. die Darlehn hypothekarisch eingetragen werden und einschließlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203192-14/fragment/page=0002

etwaiger Vorhypotheken den Taxwert der Grundstücke und der Gebäude der Anstalten nicht übersteigen; 2. die Anstalten sich verpflichten, dem Provinzialverbande zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen für eine vom Provinzialausschusse zu bestimmende Zeit mindestens zwei Drittel ihrer Plätze zur Verfügung zu stellen. — Der Landtag stimmte ohne weiteres zu.

Anfammlung eines Ausgleichsfonds. Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle. Die Kommission empfahl folgenden Antrag zur Annahme: Vom 1. April 1912 ab wird ein Ausgleichsfonds nach Maßgabe nachstehender Grundsätze angesammelt: 1. Die Verwaltungsüberschüsse eines jeden Rechnungsjahres sind nur bis zum Betrage von 200 000 Mark in den nächsten oder zweitfolgenden Haushaltsplan einzustellen; 2. die den Betrag von 200 000 Mk. übersteigenden Verwaltungsüberschüsse sind dem Ausgleichsfonds solange zuzuführen, bis dieser mit den aufgelaufenen Zinsen seiner Bestände die Höhe von 500 000 Mk. erreicht hat; 3. die Deckungsmittel für einmalige Fehlbeträge eines Rechnungsjahres und, sofern die Jahresüberschüsse den Betrag von 200 000 Mk. nicht erreichen, die zur Erreichung dieser 200 000 Mk. erforderlichen Ergänzungsbeträge sind aus dem Ausgleichsfonds zu entnehmen, selbst wenn der Fonds die Höhe von 500 000 Mk. noch nicht erreicht hat; 4. die den Jahresbetrag von 200 000 Mk. übersteigenden Verwaltungsüberschüsse sind, sobald der Fonds auf 500 000 Mark angewachsen ist, zur beschleunigten Schuldentilgung und zur Deckung außerordentlicher Ausgaben zu verwenden; 5. die Fondszinsen sind, sobald der Fonds 500 000 Mk. beträgt, dem Haupthaushaltsplane als ordentliche Einnahme zuzuführen; 6. der Fonds ist besonders zu verwalten; seine Einnahmen und Ausgaben sind jährlich durch eine besondere Rechnung nachzuweisen; 7. jede Entnahme von Beträgen aus dem Fonds bedarf der Genehmigung des Provinziallandtages. Der Landtag stimmte zu.

Erhöhung des Pflegesatzes für die von der Provinzialverwaltung in den Reinstedter Anstalten untergebrachten Pfleglinge. Berichterstatter Bürgermeister Schmelz-Burg. Der Antrag der Kommission: „Der Landtag wolle genehmigen, daß das Pflegegeld für die von der Provinzialverwaltung in den Reinstedter Anstalten zu Reinstedt a. H. untergebrachten Pfleglinge (Idioten, Blöde, Epileptiker) von 1,41 Mk. auf 1,45 Mk. für den Kopf und Tag widerruflich erhöht wird," wurde angenommen.

Bericht der Haushaltskommission über den Haupthaushaltsplan für die Rechnungsjahre 1912 und 1913, den ungedruckten Besoldungsplan und die Provinzialausschußvorlage betreffend Schaffung von zwei Landesassessorenstellen für die Landes-Versicherungsanstalt. Berichterstatter: die Abgg. Bansi und Steckner. Abstriche sind gemacht nach den Beschlüssen des Landtages bei den dauernden Ausgaben: 8000 Mk. vom Bedürfniszuschuß an die Arbeits- und Landarmenanstalt in Moritzburg, 20 000 Mk. Viehseuchen-Entschädigungen nach den neuen Satzungen, 8000 Mk. vom Zuschuß an die Stadt Erfurt für das zu übernehmende Voigtsche Lehrinstitut; bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben: Bei der Landesheilanstalt Uchtspringe für den Bau eines Pfarrhauses 35 000 Mk., bei der neu zu errichtenden Provinzial-Heilanstalt 17 500 Mark.

Erhöhungen wurden dauernd bewilligt: 7300 Mk. Zuschüsse an die Privatanstalten in Reinstedt und einmalige außerordentliche Ausgaben: Anleihe für die Unterstützung von Privatanstalten 350 000 Mk., weitere Posten behält sich die Haushaltskommission vor.

Die einzelnen Abstriche und Erhöhungen werden ohne Widerspruch genehmigt, ebenso die übrigen Anträge der Haushaltskommission.

Abg. von Schack beantragt, dem Ersuchen näher zu treten, in unserer Provinz eine öffentliche Lebensversicherung und eine Landbank einzurichten. — Abg. Geheimrat Steckner-Halle verwahrt die Privatgesellschaften gegen den Vorwurf, daß sie die Interessen der Versicherten nicht wahrnähmen. Der Vorteil einer öffentlichen Lebensversicherungsanstalt sei sehr zweifelhaft und habe schon jetzt keinen Erfolg. — Auch Abg. Ludwig-Erfurt polemisiert gegen den Vorschlag des Antragstellers; es sei in der Provinz kein Platz mehr für solche neuen Anstalten.

Oberpräsident Exzellenz von Hegel antwortet darauf, daß der Minister des Innern der öffentlichen Lebensversicherung das lebhafteste Interesse entgegenbringe. Daß kein Platz mehr für eine neue Anstalt sei, wäre unzutreffend. Halle, wo erst eine neue Anstalt gegründet worden ist, beweise das Gegenteil. Die öffentliche Lebensversicherung solle vor allen Dingen in die ländlichen Kreise getragen werden, die einer Versicherung jetzt noch fernstehen. Es soll dadurch die zunehmende Verschuldung der ländlichen Grundstücke bei der Erbteilung verhindert werden. Die Angelegenheit verdiene wohl eine eingehende Prüfung seitens des Provinzialausschusses.

Abg. Oberbürgermeister Schneider-Magdeburg nimmt einen vermittelnden Standpunkt ein, obwohl auch er eine neue öffentliche Lebensversicherung für nicht unbedingt nötig erachtet, da sie voraussichtlich den Aufgaben nicht gewachsen sei.

Der Antrag Schenck wird darauf angenommen.

Interessant war die Besprechung der Provinzialabgaben. Obwohl sich das Steuersoll auf 36 600 000 Mark vermehrt hat, schlägt die Haushaltskommission vor, doch 15 Prozent zu erheben und etwaige Ueberschüsse dann dem Ausgleichsfonds zu überweisen.

Der Landtag beschließt demgemäß und stellt den Etat wie vorgetragen fest

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag vormittag 11/2 10 Uhr.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle a. S., 18. März.

Vorsitzender: Stellvertretender Vorsteher Justizrat Föhring.

Eingegangen sind mehrere Eingaben. Die Mitglieder des Stadttheaterorchesters bitten um eine höhere städtische Beihilfe. Diese Eingabe wird auf mehrere Wochen zurückgelegt, bis der Magistrat dazu Stellung genommen haben wird. — Eine Bitte um Erhöhung des Ruhegehalts, sowie eine weitere Eingabe der Petrusgemeinde und des Cröllwitzer Frauenvereins mit der Bitte um Errichtung einer Kinderbewahranstalt in Cröllwitz wird dem Petitionsausschuß überwiesen. Dem Rechts- und Verfassungsausschuß wird die Eingabe eines Feuerwehrmannes um Bewilligung von Ruhegehalt zugewiesen.

Hierauf wird die Erledigung der Tagesordnung vorgenommen.

1. Erweiterung des Straßenbahnnetzes. Der Magistrat steht mit dem Kreis-Ausschuß des Saalkreises seit Oktober v. J. wegen Betriebs einer Straßenbahn nach Büschdorf-Schönnewitz und Reideburg in Verbindung. Von vornherein hat er in Uebereinstimmung mit der Straßenbahn-Deputation diesen Plan als im Interesse der Stadtgemeinde liegend angesehen. Denn die städtische Straßenbahn muß, da ihre Linien kein Hinterland besitzen, das durch Ausdehnung der Bebauung eine Vermehrung der Fahrgäste von selbst ergibt, im allgemeinen bestrebt sein, neues Gebiet zu erschließen. Weiter kann nicht bestritten werden, daß gerade der Osten der Stadt einer engeren Verbindung mit ihrem Innern dringend bedarf. Endlich erschien es angezeigt, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die schon mit der Gemeinde Büschdorf wegen Ausführung jener Bahnlinie in Verhandlung getreten war, um so mehr zuvorzukommen, als Anzeichen vorlagen, daß nicht nur eine einfache Straßenbahn, sondern eine mit der Linie Halle—Merseburg zu verbindende Fernbahn beabsichtigt wird. Der Magistrat hat daher bereits vor Einigung mit dem Kreisausschuß für nötig gehalten, die Genehmigung einer Bahnlinie vom Marktplatz-Halle nach Reideburg bei der Bahnaufsicht zu beantragen, indem er sich vorbehielt, die Feststellung der Beteiligung des Kreisausschusses einem späteren Abkommen zu überlassen. In letzterer Beziehung war man zunächst von dem Gedanken ausgegangen, daß der Kreis eine gewisse Zinsgewährleistung bieten solle. Später trat der Plan auf, Gewinn und Verlust zwischen Kreis und Gemeinde nach der Länge der Bahn und dem Verkehr in den beiderseitigen Gebieten zu verteilen. Mit Rücksicht aber auf die Schwierigkeit eines hierfür geeigneten Maßstabes ist der Magistrat schließlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es das Angemessenste sei, die Bahn — und zwar zunächst unter Beschränkung auf die Strecke bis Schönnewitz — auf alleinige Kosten der Stadtgemeinde zu bauen und mit dem aus dem städtischen Elektrizitätswerk entnommenen Strome zu betreiben. Aus dem aufgestellten Bauplan ergibt sich, daß der Streckenausbau innerhalb der Stadtgrenze (2,4 Kilometer), da die Mitbenutzung der Linie der Stadtbahn vom Hauptbahnhof bis zur Freiimfelderstraße durch § 6 des Vertrages vom 5. April 1906 gewährleistet ist, 40 000 Mark, der Streckenausbau außerhalb der Stadtgrenze (3 Kilometer) 158 000 Mark, und das rollende Material 120 000 Mark oder die gesamte Herstellung 318 000 Mark kostet. Ebenso ist aus der vorgelegten Gewinnberechnung zu ersehen, daß einschl. der Verzinsung und reichlicher Tilgung des Anlagekapitals mit rund 32 000 Mark eine Gesamtjahresausgabe von rund 98 000 Mark erwachsen wird, zu deren Deckung eine Beförderung von täglich 2700 Personen (10 Pf.-Tarif bis Marktplatz) erforderlich ist. Ob dieses Ziel von vornherein erreicht wird, erscheint zweifelhaft. Da aber erfahrungsgemäß das Vorhandensein einer Straßenbahn den Verkehr und den Anbau des beteiligten Stadtteils ungewöhnlich hebt, glaubt der Magistrat, in nicht zu ferner Zeit Gewinne aus der Linie erwarten zu können. Demgemäß beantragt er in Uebereinstimmung mit der Straßenbahn-Deputation, „Stadtverordneten-Versammlung wolle sich zunächst grundsätzlich mit dem Bau und Betrieb einer Straßenbahn in vorbemerktem Umfange unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß seitens des Kreisausschusses und der beiden beteiligten Landgemeinden keine weiteren erschwerenden Bedingungen auferlegt werden, als in dem Schreiben des Kreisausschusses vom 25. v. M. enthalten sind, und daß ebenso die in der Konzession der Landespolizeibehörde gestellten Bedingungen annehmbar erscheinen." — Nach Klärung dieser Voraussetzungen werden die Verträge zur Zustimmung vorgelegt und die endgültige Bewilligung der vorbezeichneten Baumittel aus der Anleihe von 1910, deren Programm 3 Millionen Mark für Straßenbahnzwecke nachweist, beantragt werden. — Berichterstatter Stadtv. Michel befürwortet namens des Etatsausschusses die Annahme dieser Vorlage. Mit Ausnahme des Stadtv. Reuß sprechen sich alle Redner für diesen Plan aus. Gegen 2 Stimmen wird diese Vorlage angenommen.

2. Ausbau des Gaswerkes I. Der Magistrat legte einen Bauplan vor, wonach die Gasanstalt I auf 120 000 Kubikmeter höchste Tagesleistung ausgebaut werden soll. Die Kosten hierfür sind auf 960 000 Mark veranschlagt worden. Die Stadtverordneten genehmigen vorerst einen Teilbetrag von 693 000 Mark aus Anleihemitteln für die Ofenanlagen, über die baulichen Anlagen soll später beschlossen werden, da die Aufstellung des Kostenanschlages zunächst einer Nachprüfung unterzogen werden soll. — Berichterstatter: Stadtv. Häschele.

3. Verstärkung der Etatstelle VI. A II 3 — Reisekosten. Die Versammlung beschließt, die Etatsstelle VI. A II 3, Dienstreisen und Reisekostenentschädigungen für persönliche Vorstellungen" für das Rechnungsjahr 1911 um 1500 Mark aus Kap. XX 11 des Hauptetats zu verstärken. — Berichterstatter Stadtv. Döhler.

4. Landverkauf Steinweg 12. Der Photograph Richard Schröder will auf seinem Grundstück Steinweg 12 einen Neubau in der planmäßigen Fluchtlinie errichten. Nach dieser entfällt eine Parzelle von 13 Quadratmetern Größe aus der Straße zum Grundstück. Schröder hat sich erboten, der Stadtgemeinde für das Land 75 Mark für den Quadratmeter zu zahlen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Berichterstatter Stadtv. Grempler.

5. Fluchtlinienänderung Ecke Reilstraße und Angerweg. Der durch Gemeindebeschluß festgesetzte Fluchtlinienplan für den Angerweg zwischen Reilstraße und Halberstädter Eisenbahn sieht für die südöstliche Ecke an der Reilstraße einen spitzen Winkel vor. Es empfiehlt sich um des Verkehrs willen, die feinerzeit festgesetzte Fluchtlinie an dieser Stelle aufzuheben und ihr eine andere Führung zu geben. Wird genehmigt. — Berichterstatter Stadtv. Boecke.

6. Höhenlage für die Talstraße zwischen Heideweg und Birkenallee. Für die Talstraße zwischen Heideweg und Birkenallee ist ein Höhenplan noch nicht festgesetzt worden. Die fluchtlinienplanmäßige Feststellung der Höhe ist jedoch geboten. Die Versammlung stimmt der Festsetzung des vorgelegten Höhenplanes für die vorgenannte Strecke der Talstraße, der den jetzt örtlich bestehenden Zustand beibehält, zu. — Berichterstatter Stadtv. Schulze.

7. Nachbewilligung für Erneuerung der Heizanlage im Hospital. Versammlung nachbewilligt die bei Ausgabetitel B 2 des Hospitaletats mit 659,51 Mk. eingetretene Ueberschreitung aus dem Hospitalvermögen. — Berichterstatter Stadtv. Dehne.

8. Neubau eines Sparkassengebäudes. Hierüber berichten die Stadtvv. Borcke und Colberg. Der bei dem Wettbewerb mit dem 1. Preise gekrönte Vollsche Entwurf ist vom Vorstande der Sparkasse nicht angenommen worden, sondern der des Berliner Architekten Jertz wegen der geschickten Grundrißlösung in allen Geschossen. Die weitere Bearbeitung seines Entwurfes und die Bauausführung lehnte aber Jertz ab, sondern verwies den Vorstand an seinen Chef, den Regierungsbaumeister Jessen in Berlin. Eine Neubearbeitung machte sich schon darum nötig, weil noch inzwischen die Baustelle Rathausstraße 6a hinzugekauft worden war. Die Kosten sind auf 605 000 Mark veranschlagt worden. Der Bauausschuß hat aber sich mit der Bauausführung durch Jessen nicht einverstanden erklärt, sondern will das Hochbauamt damit betrauen. Der Finanzausschuß hat sich mit 4 gegen 4 Stimmen ablehnend ausgesprochen. Stadtv. Kühme beantragt Vertagung, um zu versuchen, daß ein Grundstück, das sich an der Rathausstraße in den Bau einschieben würde, erworben wird, damit ein wahrhaft monumentales Bauwerk errichtet werden kann. Stadtv. Kallmeyer beantragt, den Entwurf Jessens anzukaufen für den Fall, daß das Hochbauamt mit der Ausführung des Baues beauftragt wird. Der Antrag des Stadtv. Kühme wird abgelehnt, der Antrag des Bauausschusses angenommen, daß die Magistratsvorlage abgelehnt und dem städtischen Hochbauamt die Ausführung des Baues übertragen wird. Der Antrag des Stadtv. Kallmeyer wird abgelehnt.

9. Verwendung der Warenhaussteuer aus 1911. Die Stadtverordneten erklären sich damit einverstanden, daß der Ertrag der Warenhaussteuer des Rechnungsjahres 1911 in Höhe von 14 764,77 Mk. dazu verwendet wird, von der Gewerbesteuerklasse IV den beiden unteren Stufen die volle Jahressteuer zu erlassen. — Berichterstatter Stadtv. Pfautsch.

10. Ehrenpreis für den kynologischen Verein „Cäsar". Der Magistrat hat beschlossen, dem kynologischen Verein „Cäsar" zu Halle a. S. auf seinen Antrag 100 Mk. als Ehrenpreis der Stadt Halle a. S. für die am 4. und 5. Mai d. J. im „Bellevue" beabsichtigte 3. große Ausstellung von Hunden aller Rassen zu überweisen. Die Stadtverordneten gaben hierzu ihre Zustimmung. Berichterstatter Stadtv. Döhler.

Hierauf wird Entlastung einer Anzahl Rechnungen ausgesprochen.

Vom neuen Friedhof an der Dessauer Straße werden drei Parzellen bis 31. Oktober für 30 Mk. den Morgen verpachtet.

Danach geschlossene Sitzung.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Vermögen und Vermögensbildung in der Provinz Sachsen.

Nachdem soeben die statistischen Ermittelungen über die Ergebnisse der Ergänzungssteuerveranlagung für die Jahre 1911 bis 1913 (Veranlagungsergebnisse erster Instanz) abgeschlossen sind, besteht die Möglichkeit, einen Ueberblick über die derzeitigen Vermögen und ihre Weiterbildung seit der vorletzten Veranlagung zu geben. Das Ergebnis beträgt für die Veranlagungsperiode 1911 bis 1913 und den Umfang des preußischen Staates insgesamt 104 057 Millionen Mark Gesamtvermögen gegen 91 653 Millionen Mark Veranlagung im Jahre 1895. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß alle Vermögen unter 6000 Mark außer Betracht bleiben, weil sie steuerfrei sind. In der Provinz Sachsen ergab die Veranlagung ein Gesamtvermögen von 8812,247 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Städte der Provinz 4712,251 Millionen Mark, auf die ländlichen Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 437,325 Millionen Mark, und auf die übrigen ländlichen Gemeinden 3662,671 Millionen Mark. In der Provinz Sachsen sind an dem veranlagten Vermögen insgesamt 166 151 veranlagte Zensiten (gegen 149 739 der vorigen Veranlagung) beteiligt. Von diesen sind mit einem Vermögen von 6000—20 000 Mark 78 878 (bei der vorigen Veranlagung 67 337) veranlagt, mit einem Vermögen von 20 000—32 000 Mark 29 758 (28 009), mit 32 000 bis 52 000 Mark 23 626 (22 321), mit 52 000—100 000 Mark 19 405 (18 314) mit 100 000—200 000 Mirk 8691 (8266), mit 200 000 bis 500 000 Mark 4144 (3909), mit 500 000—1 Million 1021 (979), mit 1—2 Millionen Mark 407 (420), und mit einem Vermögen von mehr als 2 Millionen Mark 221 (184) veranlagt. Die Prozentzahlen ergeben, daß die Vermögensbildung am stärksten in den unteren Vermögensstufen ist. Von den Zensiten mit einem Vermögen von mehr als 2 Millionen Mark wurden veranlagt für 1911—1913 mit einem Vermögen von 2—3 Millionen Mark 178 (147), mit einem Vermögen von 5—10 Millionen Mark 29 (27), mit einem Vermögen von 10—15 Millionen Mark 8 (5), mit einem Vermögen von 15—20 Millionen Mark 3 (2), und mit einem Vermögen von mehr als 20 Millionen Mark 3 (3). Die Provinz Sachsen hat hiernach 628 „veranlagte" Millionäre.

Amtsniederlegung und Beamtenprivileg.

Nach dem Gesetz vom 16. Juni 1909 haben die vom 1. April 1909 ab angestellten Beamten, Lehrer usw. von ihrem Diensteinkommen uneingeschränkt zur Gemeindeeinkommensteuer beizutragen, so weit sie 125 Prozent nicht übersteigt. Dadurch ist für diese Beamte das sogenannte „Beamtenprivileg" zum Teil beseitigt. Für die vor dem 1. April 1909 angestellten Beamten gilt es wie bisher fort. Vor den Verwaltungsgerichten schweben zurzeit mehrere Steuerprozesse, die die Auslegung der neuen Bestimmung betreffen. Eine wichtige Entscheidung hat vor kurzem das Oberverwaltungsgericht in einem Rechtsstreite eines in Halle angestellten Fortbildungsschullehrers wider den Magistrat gefällt. Der Kläger wurde vom Magistrat ohne Zubilligung des Beamtenprivilegs zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen, da er am 1. Oktober 1909 nach Halle berufen worden war und vorher 2½ Jahre die Handelshochschule in Leipzig besucht hatte, um sich auf den neuen Beruf vorzubereiten. Aber früher war der betreffende Fortbildungsschullehrer bereits 7 Jahre Volksschullehrer. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Er führte aus, daß, wenn der Kläger auch vor dem 1. April 1909 einmal Lehrer gewesen sei, er doch vor diesem Tage sein Amt niedergelegt und erst später wieder angetreten habe. Deshalb käme die frühere Zeit nicht in Betracht. Dagegen hob das Oberverwaltungsgericht diese Entscheidung des Bezirksausschusses auf und erkannte an, daß dem Kläger das Beamtenprivileg zuzubilligen sei. Maßgebend sei, daß der betreffende vor dem 1. April 1909 einmal, wenn auch nur vorübergehend, die Beamteneigenschaft erlangt habe. Das sei hier der Fall; deshalb sei die Heranziehung zur Gemeindeeinkommensteuer in dem vom Magistrat vorgesehenen Umfange nicht zulässig.

*

‡ **Küllstedt** (Eichsfeld), 17. März. (Ein Näherinnenstreik) ist hier ausgebrochen. Wegen Lohnstreitigkeiten legten die sämtlichen Näherinnen der Firma J. Müller gestern nachmittag die Arbeit nieder.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 19. März 1912.

— **Lutherspende zum Reformationsjubiläum 1917.** Der Lutherverein zur Erhaltung der deutschen evangelischen Schulen Oesterreichs veröffentlicht die zweite Quittung über die für seine „Lutherspende" eingegangenen oder gezeichneten Gaben. Mit freudigem Dank wird berichtet, daß es mit diesem groß angelegten Werk glaubensbrüderlicher Liebe weiter vorwärts gegangen ist. Das erste Hunderttausend der Millionenstiftung ist gesammelt. Auch in Preußen beginnt sich eine rege Sammeltätigkeit zu entfalten.

Letzte Telegramme.

Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 19. März. Wie aus München gemeldet wird, tritt am nächsten Freitag der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitze des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling in Berlin zusammen.

Von der neuen Reichsversicherungsanstalt.

Berlin, 19. März. Zum Vorsitzenden der neuen Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist der vortragende Rat im Reichsamt des Innern Koch gewählt worden. Zu Direktoren wurden der Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Beckmann und das Mitglied des Reichsversicherungsamtes Dr. Lehmann gewählt.

180 Anzeigen wegen Streikvergehen.

Bochum, 19. März. Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft sind bisher ungefähr 180 Strafanzeigen wegen Streikvergehen anhängig gemacht worden.

Die Luftschiffahrt.

Bonn, 19. März. Der gestern vormittag hier aufgestiegene Ballon „Prinz Adolf" geriet in einen heftigen Schneesturm und erreichte eine Höhe von 2740 Meter. Dem Führer gelang es, am Nachmittag um 4½ Uhr bei Hövelhof im Kreise Paderborn glatt zu landen.

Die verhängnisvolle Explosion in Texas.

San Antonio (Texas), 18. März. Die Zahl der bei der Lokomotivkesselexplosion umgekommenen Personen beträgt nach den bisherigen Feststellungen 25. In der Grobschmiede wurden allein 15 Leichen aufgefunden. Der vordere Teil der explodierten Maschine wurde auf ein in einiger Entfernung befindliches Haus geschleudert, durchschlug das Dach und zerstörte drei Zimmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203192-14/fragment/page=0003

Berliner Börse, 18. März 1912

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

𝔄 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
𝔅 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
ℭ 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. — q_2 do. 1.2.5.8.11. — q_3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — 1 Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 4¾%.

Nachdr. verb.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Stückzinsen 4 pCt. und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert. Unverzinsliche Lospapiere [illegible]

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	d	4	—.—
do. 1.7.12	d	4	100.10b
do. 1.4.15	a	4	100.10bG
Pr.Schatz12	a	4	99.90G
do. 13	d	4	100.00G
Dt.Rchs.-Anl	v	3½	90.40B

Magdeburg	v	3½	91.75G
Mainzer 00	a	4	98.50G
Mannh01 06	a	4	98.50b
Mind. 95/02	v	3½	—.—
MülheimRhr.	d	3½	90.50G
München 94	v	3½	91.50G
do.00 01 06	v	4	99.50G
do. 1907/13	d	4	99.60G

Türk.Zoll.11	a	4	81.00bB
do. 400Fr.L.	—	frc.	169.25b
Ung. Goldrt.	a	4	91.70b
do. kleine	a	4	92.60b
do.Kronenrt.	f	4	—.—
do. kleine	f	4	89.50G
do.St.Rnt.10	c	4	89.80bG
do.do. 1897	a	3½	77.75G

Mosk.KiewW	d	4	88.00b
Mosk.Rjäsan	b	4	89.90b
do.WindRyb.	d	4	87.70B
Podol.Eisnb.	d	4½	95.90G
Rjäsan-Kozl	d	4	88.00b
do.Uralsk94	c	4	88.89G
do.07 uk.08	e	4	—.—
Rybinskgar.	f	4	87.60bG
Süd-Ost 98	e	4	87.90b

PrPXVII XVIII	v	3½	89.60bG
do. XXIV	a	3½	89.60bG
do.KlbOb.08	a	4	98.00G
do.KOVI(17)	a	4	100.00G
do. IX (20)	a	4	100.40bG
do. X (21)	d	4	100.75G
do. IV	a	3½	93.90G
do. III	d	3½	90.10G
do. V uk. 17	d	4	92.00G

Sauerbrey 3	a	*4½	99.00G
Schalk.Gr99	a	*4	94.20G
Schl Kleinb3	v	*4½	101.10G
Schuck.&C2	a	4	97.00G
do. 2	d	4½	101.60G
Schulth.Br.5	a	*4	102.40b
SeebeckS.2	a	*5	90.25G
Fr.Seiff.&C3	a	*4½	101.40G
Siem.El.13 3	d	*4½	102.20b

Gevelsberg.	O	5	85.75G
Glückauf	O	8	130.00B
Henning.Rfb	O	3½	68.50B
Herkul.Cass.	O	9	170.00G
Holsten	O	13	183.00B
Hugger Pos.	O	8½	139.25G
Isenbeck&C.	O	6	103.75G
Kiel.Schloss	O	8	136.50bG
Kistrbr.Röd.	O	5	98.50bG

Dt. Gasglühl.	1	50	652.00bG
do Jute i.Ms.	1	20	298.00bG
do. Kabelwk.	1	8	127.60b
do. Kaliwerk.	1	8	145.50bG
do. Lin. Rixd.	1	8	164.50b
do. Speisew.	O	10	186.25bG
do.Spiegelgl	1	25	355.00G
do. Steinzg.	1	16	241.50G
do. Tonröhr.	1	10	145.00bG

Königsborn	1	15	232.25bG
KönigszeltP.	7	7½	157.00bG
Körbisd.Zck.	4	10½	142.90b
Gbr. Körting	1	8	131.00bG
Körting's El.	4	7½	137.00G
Kosth. Cell.	1	12	192.80bG
Kronpr. Met.	1	22	314.25bG
Gb.Krüg.&C.	1	12	172.25G
Kruschwitz Z	7	24	299.75b

Schomburg	O	7	149.00bG
Schönebeck	7	0	112.90b
Schönebg-F.	4	0	118.75G
Schoening	5	8	128.00b
Schönw. Prz.	1	2	97.75G
Schött Rhdt.	1	8	119.25bG
Schftg. Huck	1	6	112.50G
Schub.& Slz.	4	20	341.00bG
SchuckertEl.	8	7½	153.40b

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. März 1912.

Am Ministertisch: Minister des Innern v. Dallwitz und Handelsminister Dr. Sydow.

Präsident **Frhr. v. Erffa** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen die **Interpellationen** der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und des Zentrums betreffend den **Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier.**

Auf Anfrage des Präsidenten erklärte sich Minister **Dr. Sydow bereit**, die Interpellationen heute zu beantworten.

Abg. **Strosser** (Kons.) begründete die Interpellation der Konservativen. Im wesentlichen kommen bei dem Streik politische Momente in Frage. Die christlichen Gewerkschaften haben die Beteiligung am Streik abgelehnt, weil sie für einen Sympathiestreik mit den englischen Bergarbeitern nicht zu haben sind. In der Antwort auf die Eingabe der drei Arbeiterverbände an die Zechenverbände wiesen diese auf die bereits erfolgte Lohnsteigerung hin. Vom 1. April ab, nach der geplanten Preiserhöhung für Kohlen, würden die Löhne eine weitere Erhöhung erfahren. Die Bergarbeiter wollen bei dem Streik die Konjunktur ausnutzen. Der Streik ist ohne Innehaltung der Kündigungsfrist, also unter direktem Kontraktbruch in Szene gesetzt. Er ist eine Kraftprobe und zielt auf die Zertrümmerung der christlichen Gewerkschaften ab. Die öffentliche Meinung ist ganz im Gegensatz zu dem Streik von 1905 diesmal ganz auf Seiten der Arbeitswilligen. Wir wollen das Koalitionsrecht nicht antasten, wir verlangen nur, daß es innerhalb der gesetzlichen Schranken ausgeübt wird. Die Streikenden haben sich vielfach Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen. Den Polizeibeamten gebührt für ihre schwere verantwortungsvolle Tätigkeit im Streikgebiet der Dank des Vaterlandes. In den Augen der Sozialdemokraten aber sind es Bluthunde! Wir verlangen unter allen Umständen einen nachdrücklichen Schutz der Arbeitswilligen. Wir verlangen gemäß unserem Programm Schutz der vaterländischen Arbeit, Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland und Wahrung der Autorität. (Beifall rechts).

Abg. **Freiherr v. Zedlitz** (Freikons.): Auch wir sind der Ansicht, daß bei diesem Streik politische Momente eine große Rolle spielen, und daß der diesen Streik führende sozialdemokratische Bergarbeiterverband darauf ausgeht, die ihm unbequemen christlichen Gewerkschaften von innen und von außen zu zerstören, um so im Ruhrgebiet die Alleinherrschaft auszuüben. Ein großer Teil der Streikenden, wohl die Hälfte, nimmt nur gezwungen an dem Streik teil, der der inneren Berechtigung entbehrt. Bei dieser Sachlage ist die Vermittlung der Regierung nicht am Platze. Sie hat nur mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitswilligen zu schützen. Jedenfalls erwarten wir, daß die vorhandenen Machtmittel mit vollem Nachdruck hierzu angewandt werden. Dann wird die sozialdemokratische Machtprobe so verlaufen, wie wir es im Interesse des wirtschaftlichen Friedens wünschen, daß aus der Bewegung eine Niederlage der Sozialdemokratie wird. (Lebhafter Beifall rechts; Zischen bei den Sozialdemokraten. Abg. **Dr. Liebknecht**: Infame Heuchelei! Große anhaltende Unruhe im ganzen Hause.)

Präsident Freiherr v. Erffa rief den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung und wiederholte den Ordnungsruf, als der Abg. Dr. Liebknecht den Ausdruck „infame Heuchelei" wiederholte.

Abg. **Dr. Friedberg** (Natl.): Die Forderungen der streikenden Bergarbeiter sind zum großen Teil unerfüllbar. Außerdem haben die Zechenbesitzer eine neue Lohnerhöhung versprochen. Mit Recht haben diese auch eine Verhandlung mit den Bergarbeiterorganisationen, besonders mit dem sozialdemokratischen Alten Verband abgelehnt. Eine Lohnerhöhung um 15 Prozent würde eine ungeheure Vermehrung der Produktionskosten hervorrufen. Es handelt sich bei dem Streik nur um eine Machtfrage. Wir erkennen an, daß die Regierung in vollem Umfange ihre Pflicht zum Schutz der Arbeitswilligen erfüllt hat. Ein Beweis dafür ist der Rückgang der Zahl der Streikenden. (Beifall.)

Abg. **Dr. Pachnicke** (Fortschr. Vpt.): Unser Hauptbestreben geht dahin, eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen. Wir teilen nicht die im Herrenhaus kundgegebene Auffassung, daß man durch Ströme von Blut waten müsse, um zum Frieden zu gelangen. Im Gegensatz zum Abg. Dr. Friedberg sehen wir die Ursache des Streiks in der Hauptsache in der Lohnfrage. Die Löhne haben zu allermeist noch nicht den Stand von 1907 erreicht. Die Forderung der Erhöhung um 15 Prozent ist allerdings zu hoch, aber sie war auch nur ein Verhandlungsobjekt. Gestern haben die Bergarbeiter erklärt, daß sie auch mit 10 Prozent zufrieden gewesen wären. Berechtigt sind auch die Forderungen nach Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises und nach Einschränkung des Strafwesens. Ob aber der Streik wegen dieser Ursachen berechtigt war, erscheint auch mir fraglich. Er ist begonnen worden, bevor alle friedlichen Mittel erschöpft waren. Militär darf nur für den äußersten Notfall herangezogen werden. Die Heranziehung von Militär kann leicht aufreizend wirken und den Anschein erwecken, als stehe der Staat mit seinen Machtmitteln auf Seiten der Unternehmer. Nach unserer Auffassung bedarf es einer Verschärfung des Strafgesetzes zum Schutz der Aufrechterhaltung der Ordnung nicht. Es liegen für die Regierung insbesondere wirtschaftspolitische Gründe vor, um das Unheil aufzuhalten. Eine geeignete Instanz zur Vermittlung erblicken wir in der Arbeitskammer. Deshalb empfehlen wir die Wiedereinbringnug eines entsprechenden Gesetzes sowie die Schaffung eines Reichseinigungsamtes. (Beifall links.).

Abg. **Imbusch** (Ztr.) begründete die Interpellation des Zentrums. Auch wir sind der Meinung, daß die Lohnfrage die Hauptursache des Streiks ist, da die Löhne im allgemeinen niedriger sind als 1907. Aber der Streik im gegenwärtigen Augenblick ist ein Unglück für die gesamte Bergarbeiterschaft. In diesem Jahre haben die Christlichen nicht mitgemacht, weil sie abwarten wollten, ob die Zechenherren ihr Versprechen auf Erhöhung der Löhne auch einlösen würden. Was man durch einen Streik hätte erreichen können, hatten die Zechenbesitzer schon versprochen. (Hört! hört!) Die Sozialdemokraten fordern immer die Beseitigung der Überschichten und gerade sie sind diejenigen, die die meisten Überschichten machen, sich geradezu zu ihnen drängen, auch zu denen an Sonntagen. Der Streik als Sympathiestreik für England war eine Torheit. Die Engländer haben bei dem Streik 1905 uns umfangreiche Absatzgebiete abwendig gemacht, die wir uns jetzt hätten wiederholen können; denn in dieser Frage müssen die Interessen der Arbeiter und Zechenbesitzer die gleichen sein. Auch wir wollen das Koalitionsrecht voll aufrechterhalten wissen und wünschen keine Ausnahmegesetze. Aus dem Kampf, der unser Wirtschaftsleben schwer erschüttert, werden die Sozialdemokraten nicht als Sieger über die christlichen Gewerkschaften hervorgehen. (Beifall im Zentrum).

Handelsminister **Dr. Sydow**: Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat bereits im Reichstag erklärt, daß es sich bei dem Streik in erster Linie um eine preußische Angelegenheit handelt, für die die preußische Gesetzgebung und der preußische Landtag zuständig sind. (Sehr richtig! rechts.) Auf der Lohnbewegung wird als eine der Ursachen des Streiks hingewiesen. Das Ende des Jahres 1907 und der Anfang des Jahres 1908 werden als der Höhepunkt inbezug auf die Löhne gegenüber der ganzen früheren Zeit angesehen. Im Jahre 1908 kam die Konjunktur ins Stocken und die Löhne sanken. 1910 wurde die wirtschaftliche Lage wieder besser, und die Arbeiterorganisationen traten deswegen mit der Bitte um Lohnaufbesserung hervor. Da diese Forderungen mit dem Hinweis auf ein weiteres Sinken der Kohlenpreise abgelehnt wurden, beschloß der christliche Gewerkverein, sich abwartend zu verhalten, während der sogenannte Dreibund auf Grund einer von dem internationalen Arbeiterkomitee am 27. Januar 1911 in Dover gefaßten Resolution beschlossen, die Lohnbewegung weiter zu verfolgen. (Hört! hört!) Da im Jahre 1911 die steigende Konjunktur anhielt, kam Ende dieses Jahres die Lohnbewegung wieder in Fluß. Es kamen die bekannten Eingaben der drei Arbeiterverbände an die Zechenverbände und die Zechenbesitzer. Am 7. März haben wir uns mit den Zechenbesitzern in Verbindung gesetzt und sie ersucht, diese Fragen mit den Arbeiterausschüssen zu behandeln. Zu derselben Zeit fand die bekannte Besprechung des Staatssekretärs Dr. Delbrück mit Reichstagsabgeordneten statt. Bei den Verhandlungen der fiskalischen Zechen mit den Arbeiterausschüssen, sind diesen Lohnerhöhungen nach Maßgabe der Art der Arbeit in Aussicht gestellt worden. Eine Erhöhung freilich um 15 Prozent haben wir mit den wirtschaftlichen Interessen der fiskalischen Zechen für unvereinbar erklärt. Wenn die Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen nicht zum Resultat geführt haben, so trifft die fiskalischen Zechen nicht die Schuld daran. Mit einer schematischen progressiven Lohnsteigerung können wir nicht vorgehen. Bei den verschiedenen Verhältnissen auf den verschiedenen Gruben fehlt uns dazu jede feste Basis. Deshalb haben die fiskalischen Zechen nicht mehr in Aussicht gestellt, als eine allgemeine Lohnerhöhung zuzusagen. Der Hauptgrund für den Streik liegt nach meiner Ansicht darin, daß die Bergarbeiter die durch den englischen Streik geschaffene günstige Lage ausnutzen wollten, um gegenüber den Werksbesitzern Forderungen durchzusetzen, die sie sonst nicht zu erreichen hoffen konnten. (Zuruf bei den Soz.: Anwalt der Zechen!) Jawohl, ich bin Anwalt von Zechen, sie sind mir nachgeordnet. Übrigens erkläre ich, daß ich dem Abg. Dr. Liebknecht zum letzten Mal geantwortet habe. Ich würde es dem Hause gegenüber nicht verantworten können, mich mit ihm weiterhin in Privatgespräche einzulassen. (Lebhaftes: Bravo! rechts; großer Lärm und Unruhe bei den Soz. Abg. **Dr. Liebknecht** ruft nach rechts: Sie sind alle zusammen Kinder! Rufe rechts: Unerhört! Glocke des Präsidenten).

Präsident **Freiherr v. Erffa**: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Minister **Sydow** (fortfahrend): Im allgemeinen kann man sagen, daß wir jetzt mit dem Streik über den Berg sind. Wenn die Konjunktur jetzt umschlägt, dann ist es fraglich, wie man zu einer Erhöhung der Löhne kommen soll. Wir möchten den Streik gern bald beendet sehen; aber solange wir es mit Bergarbeitern zu tun haben, die unter dem Einfluß der Arbeiterorganisationen stehen, haben die Bergwerksbesitzer es nicht einseitig in der Hand, den Streik beizulegen. Wir müssen deshalb die weitere Auseinandersetzung den beiden streitenden Parteien überlassen. Die Regierung wird das Ihrige tun, um den Streik nicht unnötig zu verlängern und um die Freiheit der Arbeitswilligen zu schützen. (Bravo! rechts). Unzeitiger Einmischungen müssen wir uns enthalten. Ich hoffe, daß die Streikenden bald zu der Einsicht kommen, daß Niemandes Interessen durch den Streik mehr leiden als derjenigen, die man fördern will, die Interessen der deutschen Bergarbeiter. (Lebhaftes: Bravo! rechts und im Zentrum).

Minister des Innern **v. Dallwitz**: Bereits im vorigen Jahre habe ich hier erklärt, daß es die vornehmste Aufgabe des Staates ist, die erwerbstätige Arbeit so zu schützen, daß jeder Staatsbürger ungefährdet und ungestört seiner Arbeitstätigkeit nachgehen kann. (Bravo! rechts). In erster Reihe kommt es darauf an, rechtzeitig Polizeiaufgebot zum wirksamen Schutz der Arbeitswilligen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung bereitzustellen. Im ganzen waren am 11. März rund 6000 Schutzleute und Gendarmen im Streikgebiet an Ort und Stelle. Bei dieser Maßnahme bin ich davon ausgegangen, daß, wenn diese Kräfte nicht genügen sollten, dann alsbald das Militär herangezogen werden müsse. (Beifall rechts, Pfuirufe bei den Soz.). An den ersten Tagen haben sich die Polizeimannschaften im allgemeinen als ausreichend erwiesen. Allerdings sind auch da bereits erhebliche Exzesse vorgekommen. Der Minister verlas die amtlichen Berichte über die Belästigungen der Arbeitswilligen und Angriffe auf Schutzleute durch die Streikenden. Erst als die Ausschreitungen der Streikenden nicht aufhörten und die Polizeimannschaften nicht mehr ausreichten zur Aufrechterhaltung der Ordnung, haben wir uns dazu entschlossen, Militär heranzuziehen. Zu meiner Freude ist diese Maßnahme von einigen Rednern im Hause gebilligt worden. Von anderer Seite ist sie dagegen als überflüssig oder verfehlt bezeichnet worden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Militär zur Unterdrückung von Unruhen nur dann herangezogen werden kann und darf, wenn die in erster Reihe zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufenen Polizeiorgane hierzu nicht imstande sind. Der Moment zur Heranziehung von Militär ist durchaus richtig gewählt worden, denn es hatte sich herausgestellt, daß die aufgebotenen Polizeimannschaften nicht mehr ausreichten zum Schutz der Arbeitswilligen, und daß eine weitere Verstärkung der Polizei nicht möglich war. Den offenkundigen Terrorismus der Streikenden den Beamten und Polizisten in die Schuhe zu schieben, ist absurd. Aber dieses Verfahren der Sozialdemokratie ist ja bekannt. Woher leitet aber der sozialdemokratische Arbeiterverband das Recht her, den Angehörigen eines anderen, ebenso selbständigen Verbandes seine Ansichten aufzuzwingen. Im Reichstag hat der Abg. Sachse unter Mißbrauch der persönlichen Immunität die Polizisten beschimpft. (Großer Lärm und Unruhe bei den Sozialdemokraten; Rufe rechts: Ruhe, schmeißt sie raus! — Abg. **Borchardt** (Soz.) ruft: Unverschämtheit!)

Präsident **Frhr. v. Erffa** rief den Abg. Borchardt wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Minister **v. Dallwitz** (fortfahrend): Die Verantwortung für all das Unheil, das aus diesem Streik entsteht, fällt auf diejenigen zurück, die es unternommen haben, die persönliche Freiheit der Arbeiter zu unterdrücken und durch persönliche Beschimpfung der Arbeitswilligen und der Beamten zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. (Lebhafter wiederholter Beifall rechts und im Zentrum; lebhafter Widerspruch und Lärm bei den Sozialdemokraten. — Abg. Dr. Liebknecht ruft: Das haben Sie getan!)

Hierauf vertagte sich das Haus.

Persönlich wandte sich Abg. **Hirsch**-Berlin (Soz.) dagegen, daß der Minister eine Äußerung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten als Beschimpfung bezeichnet habe.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Antrag der Nationalliberalen betreffend Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht und Besprechung der Streikinterpellationen.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. März 1912.

Am Bundesratstische Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Ein Schreiben des Reichskanzlers gibt Mitteilung von der Demission des Reichsschatzsekretärs Wermuth und von der Ernennung des bisherigen Unterstaatssekretärs Kühn zum Staatssekretär des Reichsschatzamts.

Sodann wurde die zweite Lesung des **Etats des Reichsamts des Innern** fortgesetzt und zwar bei Kapitel „Reichsschulkommission".

Abg. **Dr. Preuß** (Ztr.): Der sozialdemokratische Antrag, das ganze Schulwesen zur Reichssache zu machen, ist für uns unannehmbar. Durch unser höheres Schulwesen geht ein frischer, tatenfröhlicher Zug. Der Extemporalerlaß bringt dabei eine erfreuliche Verbesserung unseres Latein- und Griechischunterrichts. Unsere Gymnasien sollen nicht Fachschulen, sondern Vorbereitungsschulen für verschiedene Fächer sein. Zur Erlangung einer größeren Autorität ist eine über die Massen hervorragende Bildung nötig. Das Bedenklichste ist für uns der von den Sozialdemokraten gepriesene Atheismus. Wir wollen deshalb an dem religiösen Charakter der Schule festhalten. Die Ziele der Sozialdemokraten im Schulwesen haben große Ähnlichkeit mit den Vorgängen bei der französischen Revolution. (Präsident Dr. Kaempf ersuchte den Redner, beim Thema zu bleiben.) Nimmt man dem Menschen die Religion, so sinkt der Mensch zur Bestie herab.

Abg. **Keinath** (Natl.): Mehr als bisher sollte sich das Reich mit dem Schulwesen befassen; die ganze Entwicklung drängt dahin. So sollten die Lehrer von Reichswegen veranlaßt werden, das Schulwesen im Ausland zu studieren. Die Übernahme des Schulwesens auf das Reich ist für uns nicht annehmbar, wir wollen hierin die Dezentralisation aufrecht erhalten. Die Schulbildung zu fördern, muß Sache der Einzelstaaten bleiben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Dr. Müller**-Meiningen (Fortschr. Vpt.): Für die Zulassung Militärpflichtiger zum einjährig-freiwilligen Dienst sollte auch die körperliche Tüchtigkeit mit ausschlaggebend sein. Berechtigt ist die Forderung der deutschen Turnerschaft, daß auch hervorragende turnerische Leistungen mit dem Berechtigungsschein ausgezeichnet werden können. (Beifall.)

Abg. **Bruckhoff** (Fortschr. Vpt.): Will man unsere Kulturentwicklung nicht hemmen, so darf man den Einzelstaaten das Schulwesen nicht nehmen. Wir begrüßen die Ausdehnung des Einjährig-Freiwilligendienstes auf Volksschullehrer und Kunstschüler; hoffentlich wird das noch weiter ausgedehnt werden, namentlich auf tüchtige Handwerker und Gewerbetreibende. Die Reichsschule würde unsere Schulbildung veröden und den Kasernenton in die Schule bringen. Einer religionslosen Schule kann ich als praktischer Schulmann nicht das Wort reden. (Zuruf: Das ist ein fortschrittlicher Lehrer!) Das hat mit dem Fortschritt nichts zu tun. Die Schaffung eines Reichsschulamts müssen wir ablehnen. Schaffen wir bessere Lehrerpersönlichkeiten, dann erziehen auch unsere Schulen ein starkes Geschlecht, das für das Vaterland seine Schuldigkeit tun wird. (Beifall links.)

Abg. **Schulz**-Erfurt (Soz.): Durch die einjährig-freiwilligen Examen ist eine falsche und ungesunde Entwicklung in unser Schulwesen gekommen. Das Reichsschulamt soll festlegen, was die Einzelstaaten im Schulwesen mindestens tun müssen. Eine Schablonisierung wird dadurch nicht beabsichtigt. Die Beseitigung der Religion wollen wir nicht, wir verlangen aber die weitestgehende persönliche Freiheit darin. Der wichtige Faktor der Religionsgeschichte darf selbstverständlich nicht aus der Kulturgeschichte beseitigt werden.

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vgg.): Wo die Freunde der Lehrer sitzen, weiß die Lehrerschaft ganz genau; Herr Schulz braucht sie darüber nicht zu belehren. Die Schüler in religionslose Schulen hineinzudrängen, ist das Entgegengesetzte von persönlicher Freiheit.

Die Resolution der Sozialdemokraten auf Errichtung eines Reichsschulamts wurde abgelehnt und der Titel bewilligt.

Zum Kapitel „Bundesamt für das Heimatwesen" liegt eine Resolution des Zentrums vor auf Bekämpfung des Zigeunerunwesens.

Abg. **Diez**-Konstanz (Ztr.) wies auf die enormen Schädigungen hin, die die sich auf etwa 3000 Personen belaufenden Zigeunerbanden verursachen.

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Wir sind in dieser gesetzlich schwer zu regelnden Frage um etwas vorwärtsgekommen. Auf Anregung der bayerischen Regierung sind gemeinschaftliche Anordnungen zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens getroffen worden, namentlich hinsichtlich der Einführung von Ausweispapieren und der Seßhaftmachung der Zigeuner. Das hordenweise Umherziehen soll polizeilich verboten werden. Auch für Preußen steht eine solche Anordnung bevor. (Beifall.)

Abg. **Rupp**-Harburg (Wirtsch. Vgg.): Das Ausländerunwesen verlangt aufmerksamste Beobachtung seitens unserer Behörden. Die Vorkommnisse in Hessen-Nassau, wo die Zigeunerjagd ergebnislos verlaufen ist, nachdem der Förster niedergeschossen ist, mahnen zu scharfen Maßnahmen.

Die Resolution wurde angenommen und das Kapitel bewilligt.

Zum **Kapitel „Ausführung des Kaligesetzes"** liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, in der gefordert wird, als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten Mülhausen i. Els. festzusetzen, Änderungen im Gesetz über den Absatz von Kalisalzen (Verwendung eines Teils der Abgabe für die Reichskasse) vorzunehmen und eine Denkschrift über die Durchschnittslöhne, Arbeitszeit und Tarifverträge vorzulegen.

Eine Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei wünscht statt Mülhausen Straßburg i. Els. in die Resolution der Budgetkommission einzusetzen. Eine Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung verlangt Veröffentlichung der Durchschnittslöhne, Arbeitszeiten und Tarifverträge tunlichst im Reichsarbeitsblatt.

Abg. **Hoch** (Soz.): Das Kalisyndikat verdankt seine Macht dem Kaligesetz; der Reichstag hat daher die Pflicht, ein wachsames Auge auf die Tätigkeit des Syndikats zu werfen, damit es seine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203192-14/fragment/page=0005

Macht nicht mißbraucht. Mit der Resolution der Budgetkommission sind wir einverstanden. Die an den Bund der Landwirte gezahlten Propagandagelder müssen dem Reich verbleiben. Staatssekretär Delbrück hat zugegeben, daß beim Kaligesetz Fehler gemacht worden sind; da ist es ein Skandal, daß diese Fehler nicht beseitigt werden. Ein Staatsmonopol für die Kaliproduktion ist dringend erforderlich, sollen nicht ungeheure Verluste am Nationalvermögen durch die unglaubliche Wirtschaft der Verwaltungen entstehen. Die Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe und auch der Kaliwerke ist nur noch eine Frage der Zeit, damit rechnen auch die Käufer solcher Industriepapiere. Reif ist diese Industrie längst zur Verstaatlichung. Die Vorgänge im Ruhrrevier tragen zur Förderung dieser Frage erheblich bei.

Unterstaatssekretär **Richter**: Eine Denkschrift hat nicht vorgelegt werden können, da das Kaligesetz erst ein Jahr in Wirksamkeit ist. Erst am 1. Juli werden sich die Verschiebungen im Produktionsverhältnis übersehen lassen, ebenso verhält es sich mit den Quotenübertragungen. Der Vorwurf, es sei ein Skandal, daß das Gesetz nicht geändert werde, obwohl Mängel anzuerkennen seien, trifft nicht zu. Wir können unmöglich an einem so jungen Gesetz alle Jahre herumdoktern. Auch da muß man noch etwas Geduld haben. Die Feststellung der Durchschnittslöhne ist keineswegs so leicht. Für die Verteilung der Propagandagelder haben wir Grundsätze aufgestellt, nachdem wir Sachverständige gehört hatten. Einer Kritik dieser Grundsätze sind wir durchaus zugänglich.

Abg. **Dr. Bärwinkel** (Natl.): Tatsächlich mag die Wirkung des Kaligesetzes die Bildung des Zwangssyndikats gewesen sein, Absicht war es aber nicht. Die Stimmung hat sich gegen das vorige Jahr wesentlich gemildert. Eine Bevorzugung des Bundes der Landwirte oder des Fischereivereins bei der Verteilung der Propagandagelder sollte nicht stattfinden; alle in dieser Richtung tätigen Organisationen, ob sie nun Hansabund oder Bauernbund heißen, müssen gleichmäßig behandelt werden. Die Propaganda im Auslande muß weiter gefördert werden. Von der Veröffentlichung der Durchschnittslöhne kann ich mir keinen Nutzen versprechen. Wir sollten die Kaliindustrie nicht von Neuem beunruhigen durch Monopolaussichten oder ähnliches.

Abg. **Dr. Bell** (Zentr.): Die Verhältnisse des Kaliabsatzes an der preußisch-holländischen Grenze, wo preußische Landwirte auch auf holländischem Gebiete Ackerland besitzen, müssen gesetzlich reguliert werden.

Abg. **Röser** (Fortschr. Vpt.) befürwortet die Resolution seiner Partei, statt Mülhausen Straßburg i. E. als viete Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten festzusetzen.

Abg. **Thumann** (Elsässer) befürwortete in einer Resolution, als vierte Ausgangsstation Mülhausen spätestens bis zum 1. Januar 1914 festzusetzen.

Nachdem der Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.) für die Resolution seiner Partei eingetreten war, erfolgte Vertagung.

Präsident **Dr. Kaempf** stellte für die Folge Abendsitzungen in Aussicht.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Schluß 7½ Uhr.

Aus Nah und Fern.

Von Amundsen und seinen Expeditionen. Aus Christiania wird uns gemeldet: Die durch ein Komitee aus Anlaß der Beendigung der Amundsenschen Südpolarexpedition eingeleitete Sammlung, deren Erträgnisse die Schulden der Expedition decken soll, ist geschlossen worden, da die gewünschten 70 000 Kronen gezeichnet sind. Das Komitee fordert das Publikum nunmehr auf, die nationale Sammlung zu unterstützen, die von dem Vorstand der Geographischen Gesellschaft eingeleitet worden ist, da außer den vom Storthing zu bewilligenden 200 000 Kr. noch 100 000 Kronen für die Nordpolexpedition erforderlich sind.

Vergiftung durch Methylalkohol. Aus Czernowitz wird der „Wiener Neuen Freien Presse" gemeldet, daß in Alt-Suceka drei Ortsbewohner nach dem Genuß von Schnaps unter Vergiftungserscheinungen gestorben sind. Ein vierter ringt mit dem Tode. Man nimmt Vergiftung durch Methylalkohol an.

Wieder eine schwere Schiffskatastrophe. Nach einer Meldung von Lloyds Agentur aus Spezia hat der schwedische Dampfer „Canadia" berichtet, daß der britische Dampfer „North Britain" auf der Höhe von Cardiff gesunken sei. Es sei nur ein Mann gerettet worden.

Verhaftung eines amerikanischen Industriellen. Georoe Diehl, der Präsident der Fortuna-Maschinengesellschaft in New-York, wurde unter der Beschuldigung zu niedriger Wertangabe bei der Verzollung von Lederschneidemaschinen, die aus Deutschland importiert waren, verhaftet; die Maschinen wurden beschlagnahmt.

Die Entführer des Ingenieurs Richter. Die Meldung, daß der Bandenführer Strati in Alexandria verhaftet worden sei, ist höchstwahrscheinlich nicht zutreffend. Ingenieur Richter erhielt bereits vor mehreren Wochen die Photographie einer in Alexandria verhafteten verdächtigen Person. Auf Grund der Photographie konnte Richter feststellen, daß der Verhaftete weder Strati noch ein anderes Mitglied der an seiner Entführung beteiligten Bande war.

Mehrere Gelehrte beim Experimentieren verletzt. Durch eine Explosion im chemisch-physikalischen Institut der deutschen Universität zu Prag wurde der Vorsteher Professor Rothmund sowie die beiden Assistenten Wagner und Burgstaller gestern abend beim Experimentieren schwer im Gesicht, besonders an den Augen verletzt.

Die Londoner Chauffeure streiken. Ueber 1000 Chauffeure der Londoner Automobildroschken haben den Streik mit der Begründung erklärt, daß die Fuhrherren sich nicht an die Bedingungen gehalten hätten, die bei dem letzten Streik durch Schiedsspruch festgesetzt worden seien.

Zur Strandung des Dampfers „Axenfels". Nach einer amtlichen Mitteilung des spanischen Marineministeriums sind der erste Offizier und der Bootsmann des bei Ceuta gestrandeten deutschen Dampfers „Axenfels" doch ertrunken. Die übrigen Offiziere und die übrige Mannschaft sind gerettet.

Verhängnisvolle Explosion. In San Antonio (Texas) sind bei der Explosion eines Lokomotivkessels in einem Lokomotivschuppen 14 Personen getötet und mehrere verletzt worden.

Schiffahrts-Nachrichten.

— **Deutsche Ostafrika-Linie.** Hamburg, 18. März. Reichs-P.-D. „Gertrud Woermann" am 15. März von Southampton ab. Reichs-P.-D. „Kronprinz" am 15. März in Durban an. Reichs-P.-D. „Prinzregent" am 16. März in Hamburg an. Reichs-P.-D. „Windhuk" am 15. März Cuxhaven pass. Reichs-P.-D. „General" am 15. März von Tanger ab. Reichs-P.-D. „Erna Woermann" am 16. März Cuxhaven pass. P.-D. „Answald" am 16. März in Lissabon an.

Börsen- und Handelsteil.

Max Ulrich u. Co., Komm.-Ges. a. Akt. in Liqu., Berlin. Die Liquidations-Eröffnungsbilanz per 5. Mai 1911 wies einen Verlust von 9 453 724 Mark aus bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark. Bis 31. Dezember 1911 hat sich der Verlust durch Zinsrückstellungen usw. auf 10 157 643 Mark erhöht. Der Liquidator kann den Wert der Effekten und Kuxe noch nicht zuverlässig angeben, während die Debitoren mit 2 602 215 Mark zum weitaus größten Teil uneinbringlich seien; sie könnten teilweise auf gerichtlichem Wege beigetrieben werden, wenn Mittel für die Prozeßführung vorhanden wären. Die Grundstücke sind zur Zwangsversteigerung gekommen bis auf zwei. Die Verbindlichkeiten bestehen größtenteils in solchen, für welche die Firma Ulrich aus Giro oder Delkredere haftete. Sie setzen sich wiederum zusammen aus Akzeptverbindlichkeiten einer Anzahl von Tochtergesellschaften. Die Aussichten sind also ziemlich trostlos.

Die Börsen in Paris und London.

Aus Paris, 18. März, wird uns gemeldet: Die heutige Börse litt hauptsächlich unter der von den auswärtigen Börsen nach hier übertragenen Verstimmung. Einen ungünstigen Einfluß übten auch die Nachrichten über die industrielle Krisis in England und über den italienisch-türkischen Krieg aus. Bei sehr geringer Geschäftstätigkeit gaben die Kurse fast durchweg nach. Besonders waren russische Industriewerte im Anschluß an Petersburg gedrückt. Auch Goldminen-Aktien gaben nach. Gut behauptet blieben spanische Werte.

Eine Meldung aus London, 18. März, besagt: Die Tendenz der heutigen Börse war überwiegend als schwach zu bezeichnen, da politische Befürchtungen Verstimmung hervorriefen. Konsols und englische Bahnen lagen matt. Südafrikaner waren rückgängig. Amerikaner zeichneten sich durch feste Haltung aus. Von Fonds gaben Russen und Peruaner stärker nach.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

— **Berlin.** 18. März. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) **Weizen per 1000 kg.** Inl. 210—211 M. ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Inländ. lt. Probe —,— M. —,— M, Abnahme im Mai 215,75—216,00 M, Abnahme im Juli 217,25—217—217,25 M, Abn. im September 203,25—203 bis 203,25 M. — **Roggen** für 1000 kg. Inländ. 186—186½ M ab Bahn. Normalg. 712 g. Abnahme im Mai 192,50—192,25 bis 192,50 M, Abnahme im Juli 194—193,75—194 M, Abnahme im September —,— bis —,— M. — **Hafer** für 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai —,— bis —,— M, Abnahme im Juli —,— M, Abnahma im Septbr. —,— M. — **Mais** für 1000 kg (ohne Angabe der Provenienz.) Abn. im Juli 155,50 M. — **Weizenmehl** per 100 kg brutto einschl. Sack ab Bahn und ab Speicher. Nr. 00 24,50—28,00 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. — **Roggenmehl** Nr. 0 und 1: 22 00 bis 24,10 M, Abnahme im März —,— M, Abnahme im Mai 22,65 M, Abn. im Juli 22,85 M. — **Rüböl** für 100 kg mit Faß in Mark. Abnahme im März —,— M, Abnahme im Mai 01,20 M Br., Oktober 60,90 M Br.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 18. März. Weizen loko ab Bahn und frei Mühle, 210—211 M, Abn. Mai —,— M, Abn. Juli —,— bis —,— M — **Roggen** loko ab Bahn und frei Wagen, 186,00—186,50 M, Abnahme im Mai —,— M, Abn. im Juli — — — —,— M, Abn. im Sept. —,— M. — **Gerste** leichte inländische Futtergerste 185,00—190,00 M. schwere do. 191,00—202,00 M, russische und Donau leichte 177,00 bis 181 M, do. schwere 182—188 M frei Wagen und ab Bahn. — **Hafer**, inländ. märk, meckl., pomm., pos., schles. fein 209—214, do. mittel 204—208 do. gering 200—203, alter ———, russ. feiner 206 bis 209, mittel 200 bis 205 M, gering 195 bis 199 M, Lieferung Dez. —,—, Mai —,— M ab Wagen und ab Bahn. **Mais**, amerikanischer mixed 176 bis 180 M, do. absallender ——— M. runder 174—183 M, do. abfallender ——— M, türk. und serb. ——— M frei Wagen. — **Erbsen**, inländ. Futterware, mittel 180—187 M, russische do. 180—187 M, feine Taubenerbsen 188—196 M, Viktoriaerbsen ——— M, kleine Kocherbsen ——— M frei Wagen und ab Bahn. **Weizenmehl** 00 loko 24,50—28,50 M. **Roggenmehl** 0 u. 1 loko 22,00 bis 24,10 M. **Weizenkleie** grobe 14,10—14,50 M, feine 14,10 bis 14,50 M. **Roggenkleie** 14,10—14,50 M Bohnen —— bis —— M Linsen —— M

L. **Weltmarkt.** Berlin, 18. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen** Berlin 755 gr. Mai 216,00, Juli 217,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 162,30, Mai 162,90, Chicago Northern I Spring, Mai 155,55, Juli 150,40. Liverpool Red Winter Nr. 2 Mai 171.85. Paris Lieferungsware März 225,65, Budapest Lieferungsware April 196,40. Odessa Ulka 9 23/80 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 168,70. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei März —,—. **Roggen**: Berlin 712 gr. Mai 192,50, Juli 194,00. Odessa 9 10/15 einschl. Bordospesen loko 129,20. **Hafer**: Berlin 450 gr. Mai 194,50, Juli 194,00. **Mais**: Berlin Lieferungsware Mai —,—. Newyork mixed Mai —,—. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei Juni —,—.

L. **Hamburg**, 18. März. Tägliche ausländische Offerten in Mark für 1000 kg einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen**: Manitoba III April/Mai 232 M, IV Febr./März 232 M., April/Mai 220½ M, V Febr./März 217 M, April/Mai 203 M, Argent. Baruso 79 kg schw. 228½ M, Febr./März 223½ M, 75 kg Febr./März 217½ M, Rosafé 77 kg Febr./März 226½ M, Austral. Febr./März 231½ M, Choice White Karachi Febr./März 227 M, Ulka Febr./März 9 Pud 20/25 231 M, 25/30 232 M — **Roggen**: Südruss. 9 Pud 10/15 Febr./März 193½ M. — **Futtergerste**: Südr. 58/59 kg schw. 173½—173½ M, März 173—173½ M, April 169 M, Mai/Juni 168½ M, Juli 161 M — **Hafer**: Nordr. 50/51 kg 3% März/Mai 199 M, La Plata 46/47 kg Febr./März 179 M, 50 kg 183 M. — **Mais**: Mixed Feb./März 167 M, Paketfahrt-Dampfer 167½ M, Odessa schw. 159 M, prompt 158½ M, La Plata April/Mai 151 M, Mai/Juni 148½ M, Juni/Juli 147½ M.

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 18. März. Dünge- und Futtermittel. (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16 % Lieferung Frühjahr 1912 11,10 M ab Magdeburg, schwefels. Ammoniak 20½ % 73 ₰ pr. % ab Magdeburg, Kalkstickstoff, 17—20 % 59—63 ₰ pr. % und 15—16 % 9,15—9,75 M per 50 kg frachtfrei jeder deutscher Bahnstation, aufgeschloss. Peruguano 7 + 9½ % 8,20 M per 50 kg ab Magdeburg, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 8,30 M ver 50 kg und Superphosphat 17—19 % 16¼ ₰ pr. % frachtfrei Stationen des Sächsischen Vertragsgebietes, Kalidüngesalz 20 % 2,80, 30 % 4,35, 40 % 6,20 M, Kainit 12 % 1,20 M pr. 100 kg ab Paritätsstationen. Thomasschlackenmehl 14—18 % zu Syndikatspreisen, Baumwollsaatmehl 55—58 % 8,40 M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 8,50 M, Sesamkuchen 50—54 % —,— M, Mohnkuchen 40—43 % — M, Rapskuchen 40 bis 43 % 6,35 M, Hubbesche Kokoskuchen 30 % 8,80 M, Hubbschee Palmkernkuchen 24—26 % 8,20 M, Maisölkuchenmehl 30—34 % — M, Maizenafutter 25—30 % — M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 7,50 M, aromat. Schlempe 30—35 % 7,25 M, Oelsaatmehl 20—24 % — M, Fischfuttermehl, zirka 55 % und 20 % phosph. Kalk 12,50 M, Original Liebigs Fleischfuttermehl 90 % 15,00 M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) zirka 45 % 11,00 M, bei Wagenladungen Frachtparität ab Magdeburg

Kartoffeln. Trockenkartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

Kartoffelmarkt-Bericht vom 18. März von der Preisberichtstelle des D. L.-R. — Für Eßkartoffeln ist bezahlt worden in Mk. für 50 kg in Berlin: rote Daber 3,90—4,00; andere rote Sorten 3,40—3,50; Magnum bonum 3.60—3,70; weiße runde 3.35—3,40.

Großhandelspreise für Trockenkartoffeln in Käufers Säcken, frei Station, in Mk. für 50 kg. Die Fabriken sind alphabetisch geordnet. **Flocken**: Bartin Stat. Bartin 12,70 (bez.), Besow b. Wend. Zuchow Stat. Zitzewitz 11,60 (bez.), Bialutten Stat. Illonzo 12,25 (Käuf.), Bülowsthal b. Rogasen 11,50 (Käuf.), Calbe a. S. Stat. Calbe 13,00 (bez.), Dt. Krone Stat. Dt. Krone 11,75 (Käuf.) Glauchau Stat. Glauchau (Westpr.) 12,25 (bez.), Gr. Klinsch b. Berent Stat. Gr. Klinsch 12,00 (bez.), Hankensbüttel Kr. Isenhagen Stat. Hankensbüttel 9,00 (bez.), Heinzendorf Stat. Batschkau 12,75 (bez.), Janowitz Stat. Janowitz Bez. Bromberg 12,00 (Käuf.), Jävenitz Stat. Jävenitz 13,00 (bez.), Lissau Stat. Prechlau 12,20 (bez.), Lopischewo Stat. Ritschenwalde 12,00 (bez.), Maldeuten Stat. Maldeuten 12,65 (Käuf.), Marzenin Stat. Gnesen-Wreschen 12,00 (bez.), Müncheberg Stat. Müncheberg i. Mark 12,50 (Käuf.), Namslau Stat. Wilkau Kr. Namslau 12,00 (bez.), Neumark i. Westpr. Stat. Neumark 11,50 (bez.), Neutomischel Stat. Neutomischel 12,50 (bez.), Pierkunowen Stat. Lötzen 10,75 (bez.), Prassen Stat. Wormen 12,25 (bez.), Reisicht Bez. Liegnitz Stat. Reisicht 12,50 (bez.), Samotschin Stat. Samotschin 12,00 (Verk.), Schrotz Stat. Schrotz 12,25 (bez.), Schwiebus Stat. Schwiebus 12,65 (bez.), Schwirz Stat. Dammer 12,25 (Käuf.), Seehausen Stat. Wongrowitz 12,50 (bez.), Sembten Kreis Guben Stat. Coschen 12,00 (bez.). Stettin-Oberwiek Stat. Stettin 11,70—11,80 (Käuf.), Uetz Stat. Mahlwinkel 13,50 (bez.), Uthmöden Stat. Uthmöden 13,00 (bez.), Wammen Stat. Strinkirchen 12,00 (bez.), Wierzonka Stat. Kobelnitz 12,25 (bez.), Winnagora bei Miloslaw Stat. Miloslaw 12,00 (bez.), Willenberg Stat. Willenberg 11,50 (bez.), Wongrowitz Stat. Wongrowitz 12,00 (bez.), Ziegenhagen b. Reetz Kr. Arnswalde Stat. Falkenwalde 11,00 (bez.). **Schnitzel**: Cösternitz Stat. Cösternitz 10,15 (bez.), Kawentschin Stat. Dritschmin 8,50 (bez.), Poledno b. Terespol Stat. Poledno 8,50 (Käuf.), Samter Stat. Samter 10,50 (bez.). D. L.-R.

— **Magdeburg**, 18. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 33,50—34,00 Mk. Tendenz: stetig.

— **Berlin**, 18. März. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 32,75 Mk., feuchte Stärke — Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 18. März. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 91,00—92,00 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 101,75—102,75 Mk. per loko ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 18. März. Spiritus fest, März 32,25 G., März-April 32,25 G., April-Mai 32,25 G.

— **Paris**, 18. März. Spiritus behauptet, März 62,25, April 62,50, Mai-August 63,00, Septbr.-Dezbr. 52,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 18. März. Rüböl loko 65,00, Mai 63,00.

— **Hamburg**, 18. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 64,00.

— **Amsterdam**, 18. März. Leinöl sehr fest, loko 40½, April 39⅞, Mai-August 37⅞, Septbr.-Dezbr. 35½, Januar-April —.

— **Paris**, 18. März. Rüböl ruhig, März 75,25, April 74,75, Mai-August 72,00, September-Dezember 71,00.

Zucker.

W. **Hamburg**, 18. März. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo, per März 15,05, per April 15,10, per Mai 15,25, per August 15,42½, per Oktbr.-Dezbr. 11,47½, per Januar-März —. Tendenz: behauptet.

W. **London**, 18. März. Rüben-Rohzucker 88 % März 14 sh. 11 Wert stetig, Javazucker 96 % prompt 16 sh. 3 Verkäuser ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 18. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 67¾ G., Mai 68¼ G., Septbr. 68½ G., Dezember 68¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 18. März. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 52.

— **Havre**, 18. März. Kaffee. Good average Santos März 86¼, Mai 84¼, September 83¼, Dezember 82½. Tendenz: stetig.

W. **Rio de Janeiro**, 16. März. Kaffee. Zufuhren 7000 Sack in Rio, 12 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 18. März. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 55,50 Pfg.

— **Antwerpen**, 18. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B, März 5,47½ Käuser Oktober 5,40 Käuser. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 18. März. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikanische middling Lieferungen Ruhig, stetig. Per März 5,84, per März-April 5,84, per April-Mai 5,83, per Mai-Juni 5,83, per Juni-Juli 5,83, per Juli-August 5,82, per Aug.-Sept. 5,78, per Sept.-Okt. 5,74, per Okt.-Nov. 5,71, per Nov.-Dez. 5,69.

Metalle.

— **Amsterdam**, 18. März. Bancazinn behauptet, loko 118.

— **London**, 18. März. Blei, span. 16 1/16 Lstrl., engl. 16 3/8 Lstrl., Zinn 191½ Lstrl., Zink 26¼ Lstrl., Chili-Kupfer 64⅞ Lstrl., 3 Monate 65⅝ Lstrl.

— **Glasgow**, 18. März. (Schlußbericht.) Roheisen träge. Middlesborough Warrants III 51 sh. 5½ d.

Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 18. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 683 Rinder (247 Ochsen, 120 Bullen, 24 Kalben, 290 Kühe, 2 Fresser), 453 Kälber, 527 Stück Schafvieh, 3036 Schweine; zus. 4699 Tiere. Preise: Ochsen: I. 94, II. 89, III. 83, IV. 74 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 88, II. 84, III. 80, VI 77 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 91, II. 88, III. 82, IV. 72, V. 63 M für 50 kg Schlachtgew. Fresser (gering genährtes Jungvieh) 73 M. Kälber: I. —, II. 62, III. 57, IV. 51 M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 44, II. 42, III. 49 M, IV. — für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 71, II. 72, III. 68, IV. 64, V 64 M für 50 kg Schlachtgew. Ueberstand: 41 Rinder, davon 24 Ochsen, 2 Bullen, 12 Kühe, 3 Kalben, 5 Kälber, 38 Schafe, 93 Schweine, Geschäftsgang: Rinder mittel, Kälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel.

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 18. März. Roter Winter-Weizen loko 106, per Mai 106⅝, per Juli 104, per Septbr. —, per Dezbr. ——. Mais per Mai ——, per Juli —, per Sept. —. Mehl 4,15. Getreidefracht nach Liverpool 3½.

W. **Chicago**, 18. März. Weizen per Mai 101⅝, per Juli 98⅛. Mais per Mai 70⅝.

W. **New-York**, 18. März. Petroleum Standard white in New-York 8,20. do. in Philadelphia ——. do. in Refined Cases 10,10. do. Credit Balances at Oil City 1,50.

W. **New-York**, 18. März. Schmalz Westernsteam 9,60, Rohe und Brothers 9,60.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 17. März + 1.40, 18. März + 1.25. Grochlitz + 1.18, + 1,14. Nebra Obp. + 2.08, + 2.10. Nebra Unpt. + 1.48, + 1.88. Brückenp. + 0.94. + 0.94. Kösen + 0,80, + 0.80. Weißenfels Untp. + 0.48, + 0.46. Trotha + 1.86, + 1.84. Alsleben + 1.36, + 1.44. Bernburg + 1,02, + 1.06. Calbe Obp. + 1 58, + 1.54. Calbe Utp. + 0.70, + 0.75. Grizehne + 0.79, + 0.85.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gevensleben, für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Mietzner; Schlußredaktion: A. Gerwecke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.** Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. : Reserven: 32 Millionen Mark. : Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklass. Wertpapieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191203192-14/fragment/page=0006
DFG